

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 6
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27 I.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz.
Redaktionsschluß: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Feilzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Zur gefl. Beachtung.

Alle den **Verband betreffenden Angelegenheiten** (Mitteilungen über Differenzen, Lohnbewegungen, Sperren und Streiks, sowie Adressenänderungen usw.) sind zu richten an **Otto Sillier**.
Alle **Kassenangelegenheiten** an **Wilh. Brall**.

Alle den **Senefelder-Bund in Liquidation betreffenden Fragen** an **Paul Lange**.

Adresse für die drei Genannten:
Berlin N. 28, Anklamerstr. 27 I.
Alle **Artikel**, Korrespondenzen, Versammlungs-Berichte, Tauschexemplare sind einzusenden an die **Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastr. 8.**

Alle **Annancen**, Aenderungen und Reklamationen über die Zustellung der

Graphischen Presse nimmt entgegen die **Expedition:**

Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastr.

Alle **Beschwerden** über Redaktion und Inhalt der Graphischen Presse sind stets unter näherer Begründung zu überweisen an die **Präfkommission, z. H. Artur Haring, L.-Anger, Roßbachstr. 3 III Der Hauptvorstand.**

Gesperrt.

Stellungannahme in allen folgenden Firmen zieht den **Verlust der Mitgliedschaft** nach sich.

Für **Lithographen und Steindrucker:**

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.
Angerer (für Kupferdrucker).

Eltville. Fischer & Co.

Köln a. Rh. Witte & Co.

Kötzschenbroda bei Dresden.

Robert Mittelbach, Konstanztal Olobus (für alle Berufsgruppen).

Pieß, O.-S. A. Krummer.

Posen. L. Neumeyers Buch- und Steindruckerei, Inh. Ernst Tunmann.

Rybnik, O.-S. Firma Bartels.

Für **Chemigraphen:**

Berlin.

Chemnitz. A. Jüllich; Köhler & Richter

Dresden. Mittelbach; C. Schemmel;

Stengel & Co.; Mejo & Markert.

Leipzig. Mejo & Springer.

Stuttgart. Gebr Rörle

Im Ausland:

Dänemark. Alfred Jakobsen Kopenhagen-Büllowvej (Kupferdr. u. Chem.).

Holland. Kommene: Verweys Metaaldruckery (Lithogr. und Steindr.).

Rotterdam: Firma Modern (Chemigr.).

Oesterreich: Triest.

Schweiz. Basel: Manissadjion & Co. (Chemigr., Lithogr. und Stahlrucker).

Die Formstecher zur Extra-

steuerfrage.

Neben den bereits bekanntgegebenen Mitgliedschaften haben die Formstecher von Bramsche, Dessau und Altona-Otensen gleichfalls beschlossen, die 10 Pf. Extrasteuer ab 3. Januar d. J. zu zahlen. Von einzelnen Städten steht die Erklärung noch aus.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Das Schicksal der Nachlaßsteuer. Rundschaun. Politische Monatschau. Die Berufszählung von 1907. Briefkasten. — **Allgemeines:** Wie sollen Lehrlinge behandelt werden? Ortsberichte (Protestversammlungen) Coburg, Erfurt, Halberstadt, Heilbronn, Jena, Magdeburg, Nürnberg, Saalfeld, Waldenburg, Weimar. — Dessau. — **Der Lithograph:** Nochmals Agostini. — **Der Steindrucker:** Brief aus Mülheim a. d. Ruhr. Aus den Sektionen: **Berlin.** — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Leipzig (Lichtdr.) — **Pho'ogr. Mitarbeiter:** Aus den Sektionen: Berlin. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Bietighelm, Berlin. — **Feuilleton:** Die Entwicklung des Weltalls, IV. Eingänge. — **Anzeigen.**

Das Schicksal der Nachlaßsteuer.

Das deutsche Reich befindet sich in schweren finanziellen Nöten. Daran sind seine endlosen Heer- und Flottenrüstungen schuld. Militarismus und Marinismus verschlingen alljährlich so ungeheure Summen, daß für Kulturzwecke, z. B. für soziale Aufgaben und den Ausbau des Volkswirtschaftswesens, fast nichts mehr übrig bleibt. Durch diese Finanzpolitik stieg die Schuldenlast des Reiches von einem Jahr zum andern in einer geradezu erschreckenden Weise. Nicht nur die 5 Milliarden Franks oder 4 Milliarden Mark, die Deutschland von Frankreich 1871 als Kriegentschädigung erhielt, sind seit dem Bestehen des deutschen Reiches bis auf 120 Millionen Mark, die noch im Juliusturm zu Spandau liegen sollen, kleingemacht worden, sondern es wurden noch mehr als 4 1/2 Milliarden, genau 4253,5 Millionen Mark, an Schulden dazugemacht. Die Schuldenlast überragt also die ungeheure Kriegentschädigungssumme noch um eine Viertelmilliarde. Im ganzen hat demnach das deutsche Reich seit seinem Bestehen, also in nahezu 4 Jahrzehnten, 8 Milliarden Mark mehr verwirtschaftet als es eingenommen hat, so daß auf ein Jahrzehnt durchschnittlich das runde und nette Sümmchen von 2000 Millionen Mark an Defizit kommt! Angesichts dieser erschreckenden Zahlen sind unsere Staatsweisen, trotzdem die höchste Stelle im Reich Schwarzseher nicht dulden will, einmal in sich gegangen. Sie haben sich gesagt, daß es so nicht weiter geht, daß das

Reich dem Bankrott zutreibt. Im Reichsschatzamt hat man daher eine Reihe von Steuerern ausgebrütet, die man dem Reichstage mit der Bitte präsentierte, sie gefälligst entgegenzunehmen zu wollen. Die geplanten Steuern sollen an Mehreinnahmen erbringen aus Branntwein 100, Tabak 77, Bier 100, Wein 20, Erbschaften insgesamt 92, Elektrizität und Gas 50, Anzeigen 33 Millionen Mark. Weitere Einnahmen sollen dem Reich durch eine Erhöhung der Matrikularbeiträge der Einzelstaaten erschlossen werden. Man erwartet aus der Annahme der Reichsfinanzreformvorlage eine jährliche Mehreinnahme von 500 Millionen Mark, durch die man nicht nur die laufenden Mehrausgaben zu decken, sondern auch zur Abtragung der Reichsschuld beizutragen hofft.

Dieser Gedanke ist gewiß an sich sehr lobenswert. Leider sucht man ihn aber mit nichts weniger als lobenswerten Mitteln zu verwirklichen. Die beste Regelung der ungünstigen Regelung der Finanzlage des Reichs wäre größte Sparsamkeit in den Rüstungs- und anderen unkulturellen Ausgaben und die Erhebung einer progressiv steigenden Reichseinkommensteuer, durch die in gerechter Weise die tragfähigeren Schultern am stärksten belastet würden. Statt dessen denkt man nicht nur nicht an Sparsamkeit in den Ausgaben für Heer und Flotte, sondern sie sollen in derselben unsinnigen Weise wie bisher noch weiter gesteigert und die 500 Millionen Mark sollen, wie die Zusammenstellung zeigt, in der Hauptsache durch neue indirekte Steuern aufgebracht werden. Diese sind immer ungerecht, weil sie die schwachen Schultern verhältnismäßig viel schwerer belasten wie die starken und tragfähigen, ganz abgesehen von den existenzvernichtenden Wirkungen, die sie auf unzählige Gewerbebetriebe und große Arbeitermassen, die bisher in der Herstellung der zu besteuernden Artikel ihren Broterwerb fanden, durch den Konsumrückgang ausüben müssen. In unseren Ausführungen über die Tabak- und die Plakatsteuer in früheren Nummern unseres Organs wiesen wir diese Wirkungen nach.

Die einzige Steuer in dem Steuerbuckett, die als gerecht bezeichnet werden könnte, ist die vorgeschlagene Steuer auf Nachlässe. Ein Erbe soll einen kleinen Betrag des Geldes, das er nicht selbst erwarb — wenn man im Klassenstaat überhaupt von selbsterworbenem Vermögen sprechen will —, sondern das ihm durch Erbschaft in den Schoß fiel, an das Reich zur Aufbesserung der Reichsfinanzen abführen. Nachlässe von weniger als 20000 Mark sollen vollständig steuerfrei bleiben, so daß kleinere Erbschaften durch die Steuer gar nicht getroffen würden. Die Steuersätze sind für den Erben kaum fühlbar. Sie sollen bei Nachlässen von 20000 bis 30000 Mark 1/2 Prozent betragen und progressiv bis auf 3 Prozent für Nachlässe von einer Million und darüber steigen. Wer also durch eine Erbschaft 20000 Mark erhält, hätte 100 Mark an das Reich abzugeben; wer eine Million erbt, hätte 30000 als Steuer abzuführen. Die Steuersätze sind also im Verhältnis zu den ererbten Summen lapalmen, denn einem Erben mit der niedrigsten versteuerbaren Erbschaft von 20000 Mark würden immer noch 19900 und einem Millionenerben 970000 Mark von dem nicht selbst erworbenen Gelde übrig bleiben. Es kommt hinzu, daß die Steuer nicht auf einmal, sondern in langfristigen Raten abgetragen werden soll.

Man sollte meinen, daß unsere Besitzenden diese niedrigen Teilbeträge großer Nachlasssummen mit Freuden auf dem »Altar des Vaterlandes opfern« würden, als dessen festeste Stützen sie sich bei jeder Gelegenheit aufspielen. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus! Die einzige gerechte Steuer der ganzen Vorlage rief unsere »Patrioten« nahezu einmütig auf den Plan, und besonders waren es unsere Agrarier, die die Nachlaßsteuer mit den schäbigsten Mitteln und mit den lächerlichsten Argumenten bekämpften. Man sagte, durch die Steuer würde die deutsche Familie schwer getroffen. Wie fest die Junkerfamilie — denn diese können die Herren doch nur im Auge gehabt haben — begründet sein mag, wenn sie schon durch diese lächerlichen Steuerbeträge auf große Nach-

laßsummen in die Brüche gehen kann, mag sich jeder selbst ausmalen. Die Junker haben durch dieses Argument dem junkerlichen Familienleben ein schönes Zeugnis ausgestellt!

Auf der 16. Generalversammlung des Bundes der Landwirte, die in der Faschingswoche im Zirkus Busch in Berlin tagte, ist es den Junkern denn auch gelungen, die Vorlage zu Fall zu bringen. Man malte ein Schreckgespenst an die Wand, indem man die Nachlaßsteuer als den ersten Schritt zu dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat bezeichnete. Wenn alles, was *gerecht* ist, den Zukunftsstaat vorbereiten hilft, muß dieser also sogar nach der Auffassung der Junker die Verkörperung der Gerechtigkeit in höchster Potenz darstellen, mit welcher Einschätzung ihrer Ziele die Sozialdemokratie übrigens durchaus einverstanden sein kann. Die wahren Ursachen der agrarischen Feindschaft gegenüber der Nachlaßsteuer werden aber ganz wo anders zu suchen sein als in der Angst vor dem Zukunftsstaat. Der Professor Hans Delbrück, ein streng konservativer Herr, erklärte, daß die Konservativen und die Agrarier deshalb gegen die Nachlaßsteuer seien, weil sie die *Aufdeckung der außerordentlich umfangreichen Steuerhinterziehung bei der Ergänzungssteuer mit sich brächte*. Herr Delbrück kennt seine Pappenheimer. Er wird das Richtige getroffen haben. Aber die Zirkus Busch-Versammlung verwirft durch eine Resolution dreist und gottesfürchtig »mit aller Entschiedenheit die vorgeschlagenen Nachlaß- und Erbschaftsteuern und das Erbrecht des Staates aus Gründen der Wahrung des *Eigentumsbegriffes*, der Erhaltung des *gesamten Mittelstandes* (der gar nicht getroffen worden wäre, da die Steuer ja erst für Nachlässe von 20000 Mark und darüber geplant war!) und der Pflege des *Familien-sinnes*.«

Dieser Resolution gegenüber ist es nicht uninteressant, hervorzuheben, daß die Erbschaftsteuern in England jährlich mehr als 350, in Frankreich fast 240 Millionen Mark einbringen, ohne daß dort der »Eigentumsbegriff«, der »gesamte Mittelstand« und der »Familien-sinn« gelitten hätte und dadurch der Gegenwartsstaat in Gefahr geraten wäre. Derartige praktische Erfahrungen kümmern aber die Junker ebenso wenig wie die theoretischen Befürwortungen der Steuer durch Gelehrte, deren konservative Gesinnung und Junkerfreundlichkeit über jeden Zweifel erhaben ist. Der greise Professor Adolf Wagner, der bisher von den Junkern als Autorität gefeiert und dessen Lehren durch die Agrarier als Argumente im Kampf gegen den Liberalismus und den Sozialismus rege ausgeschlachtet wurden, wurde ausgelacht, ausgepöfft und in unsagbarer Weise mit Schmutz beworfen, als er den Mut hatte, wider den junkerlichen Stachel zu löcken und mit triftigen Gründen für die Nachlaßsteuer einzutreten. Bei den Agrariern gilt eben ein Gelehrter nur so lange als Autorität, wie er ihnen zu Willen ist. Ein preussischer König sagte einmal: »Professoren und Huren sind für alles zu haben!« Sobald sich ein Gelehrter für die Agrarier nicht prostituieren will, dann wird seine wirtschaftliche Würde in den Schmutz gezogen. Herr Professor Wagner kann ein Lied davon singen.

Durch ihren Sturmlauf gegen die Steuer haben aber die Junker ihren Zweck erreicht. Kanzler und Reichsschatzsekretär haben sich ins Bockshorn jagen lassen. Sie wurden, nachdem sie durch ihr Eintreten für die Steuer in Ungnade gefallen waren, von den Junkern in Gnaden wieder aufgenommen. Und dem Umfall der Regierung ist der Umfall der bürgerlichen Parteien im Reichstag gefolgt. Die Finanzkommission, an die die ganze Reichsfinanzreformvorlage nach der ersten Lesung im Reichstage verwiesen wurde, hat die Nachlaßsteuer fallen gelassen. An ihre Stelle soll eine von den Einzelstaaten zu erhebende und von diesen in Form höherer Matrikularbeiträge an das Reich abzuführende »Besitzsteuer« treten. Wie diese aussehen wird, kann man sich bei der durch die Verhandlungen über die Nach-

laßsteuer von neuem offenbarten Steuerscheu der Besitzenden lebhaft denken. Der Kuhhandel ist fertig; die unentwegten Freisinnsmänner sind wieder einmal auf das Kommando ihrer konservativen Blockbrüder gehorsam eingeschwenkt. Die neue Spottgeburt der konservativ-liberalen Paarung wird sogar von einem Blockorgan, der »Köln. Ztg.«, ein »Wechselbalg mit Wasserkopf und Weichselzopf« genannt.

Das ändert aber an der Tatsache nichts, daß die Agrarier ihren Zweck erreicht haben. Sie sind eben nur so lange Patrioten, wie ihr Geldbeutel in Ruhe gelassen und wie ihnen die ganze Nation zum Auswuchern preisgegeben wird. Auch für das Fallenlassen der Nachlaßsteuer wird das Volk die Zechte bezahlen müssen. Die 500 Millionen Mark Mehreinnahmen im Jahre müssen aufgebracht werden, koste es, was es wolle. Und wenn sich die Besitzenden gegen *direkte* Steuern wehren, dann muß der Ausfall eben durch neue *indirekte* Steuern den breiten Volksschichten abgepreßt werden. Es wird wahrlich höchste Zeit, daß diese aus ihrer lethargie erwachen, daß sie durch den festen Aus- und Aufbau ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zum Schutz ihrer Lebensinteressen ein Bollwerk schaffen, das die junkerliche Drohnensippchaft endlich unschädlich macht.

Rundschau.

Die Beratung über die Tabaksteuervorlage in der Finanzkommission des Reichstages begann am 5. März. Gegen jede Mehrbelastung des Tabaks nahm nur der sozialdemokratische Redner Molkenbührer entschiedene Stellung. Er wies auf die Folgen für die Tabakarbeiter und die Arbeiter der sogenannten Hilfsindustrien wie Kistenmacher, Lithographen und Steindruckere usw. hin, die zu Tausenden und Zehntausenden arbeitslos gemacht werden würden. Man halte den Tabak für ein geeignetes Steuerobjekt, weil er kein Nahrungsmittel sei; für die Tabakarbeiter sei er aber das *notwendige Existenzmittel*. Herr Kreth glaubt nur an einen vorübergehenden Rückgang des Konsums (welcher Auffassung die Erfahrungen mit dem Tabaksteuergesetz von 1879 direkt ins Gesicht schlagen!) und legt sich warm für die Bänderolensteuer ins Zeug. Auch Herr Dr. Weber will daran mitheilen, eine Form zu finden, mehr Geld aus dem Tabak herauszuholen, ohne allzu schweren Schaden anzurichten. Wie das möglich wäre, behielt er vorläufig für sich. Herr Müller-Fulda hält nur die gegenwärtige Zelle der wirtschaftlichen Depression für höchst ungeeignet zur Einführung von Verbrauchsteuern. In besseren Zeiten hat er also gegen die Schröpfung der Massen durch indirekte Steuern nichts einzuwenden. Im übrigen möchte er den Teufel durch Beelzebub austreiben, denn er empfiehlt, aus dem Tabak *weniger*, aus Bier und Brantwein aber *mehr* herauszuholen, als die Regierung vorschlägt. Der Reichsschatzsekretär legte sich natürlich für die Vorlage tüchtig ins Zeug. Wenn wirklich Fabrikanten und Arbeiter getroffen würden, so müßten sie das eben in Kauf nehmen, da die *Entwicklung des Reiches auf dem Spiele stehe!* Das hätte er lieber in der Frage der Nachlaßsteuer den Junkern zurufen sollen.

Der Arbeitsmarkt im Januar hat, wie das Reichsarbeitsblatt schreibt, für eine Reihe von Großindustrien eine weitere Abschwächung erfahren. So ist auf dem Ruhrkohlenmarkt vielfach eine Verschlechterung der Abnahme gegen den Vormonat zu verzeichnen, deren Eintritt durch die Schiffsfahrstörungen begünstigt wurde. Ein Rückgang der Beschäftigung trat auch in den Braunkohlenrevieren ein, wodurch Feierschichten nötig wurden, die zur Erhöhung des Ueberangebots von Arbeitskräften beitragen. Auch die Metall- und Maschinenindustrie war im allgemeinen schlecht, zum Teil schlechter als im Vormonat beschäftigt. Nur in den Stahl- und Walzwerken sind Verbesserungen gegen den Monat Dezember eingetreten. Desgleichen war die Lage in den einzelnen Zweigen der Textilindustrie nach wie vor überwiegend ungünstig. Ein weiteres Abflauen ist in den wichtigsten Zweigen der elektrischen Industrien eingetreten. Der Geschäftsgang in der chemischen Industrie hat sich nach der Mehrzahl der Berichte gegen den Vormonat verbessert. Eine Verminderung des Ueberangebots von Arbeitskräften ist auch im Monat Januar nicht eingetreten. Sehr hoch war die Zahl der Arbeitslosen im Brauereigewerbe, das mit Ausnahme der sächsischen Brauereien, in denen der Geschäftsgang nach wie vor ein guter war, in den meisten Gegenden eine Abschwächung gegen den Vormonat zeigte. Die Saisoninflüsse, die sich bereits im Monat Dezember geltend gemacht hatten, traten im Januar weiter zutage, so vor allem im Baugewerbe und in der Binnenschiffahrt. Die Ruhe, die mit der Beendigung des Weihnachtsgeschäfts in vielen Gewerben eingetreten

war, hielt vielfach auch im Januar an. Teilweise machte sich jedoch bereits die kommende Frühjahrssaison bemerkbar, so in der Weißwaren- und Wäschekonfektion, der Kostüm- und Blusenfabrikation, der Hutindustrie mit den von ihr abhängigen Gewerben. Der immer noch anhaltende Rückgang des Beschäftigungsgrades geht auch aus den Nachweisungen der an das Statistische Amt berichtenden Krankenkassen hervor. Am 1. Februar 1909 ergab sich gegen den 1. Januar 1909 eine Abnahme der Beschäftigungsziffer von insgesamt 37418 Mitgliedern, und zwar betrug die Abnahme bei den männlichen Mitgliedern 28815, bei den weiblichen 8633 Personen. Im Vorjahre zeigte sich am 1. Februar gegen den 1. Januar eine größere Abnahme von 71815 Mitgliedern, und zwar von 59735 männlichen und 12080 weiblichen Personen. Die Vermittlungsergebnisse der Arbeitsnachweise gestalteten sich vielfach ungünstiger als im Vormonat.

Die Gewährung kommunaler Arbeitslosenunterstützungen wurde in Mainz und in Karlsruhe i. B. beschlossen. Die Stadtverordneten in Mainz genehmigten eine Vorlage, die einer Anregung durch das Gewerkschaftskartell folgend die Gewährung von Barunterstützung an Arbeitslose ermöglichen soll. Als erste Rate würden für diesen Zweck 10000 Mk. festgesetzt. Die Unterstützung soll zunächst an männliche Arbeiter und Privatangestellte über 18 Jahre, die mindestens ein Jahr in der Stadt Mainz wohnen und mindestens 14 Tage arbeitslos sind, gewährt werden. Die Unterstützung beträgt wöchentlich 3 Mk. für Ledige, 4 Mk. für Verheiratete ohne Kinder oder mit Kindern über 14 Jahren, 5 Mk. für Verheiratete mit Kindern unter 14 Jahren. In Karlsruhe gewährt die Stadtverwaltung nach Beendigung der Notstandsarbeiten, für die 19000 Mk. ausgegeben wurden, den Arbeitslosen eine in bar auszuzahlende Arbeitslosenunterstützung, mit der irgendwelche Beeinträchtigung der staatsbürgerlichen Rechte nicht verbunden ist.

Gegen die Plakatsteuer, wie sie in dem Bukett der neuen Steuervorlagen der Reichsregierung vorgesehen ist, richtet sich eine Petition, die in sachgemäßer Begründung der Hauptvorstand der Arbeitgeberverbände für das deutsche Malergewerbe an den Reichstag bezw. Bundesrat gerichtet hat.

Ein warnendes Beispiel. Wegen Unterschlagung von 2968 Mk. Verbandsgeldern wurde der frühere Geschäftsführer der Stettiner Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes, Otto Kassube, zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende der Strafkammer aus: »Der Angeklagte hat sich eines schweren Vertrauensbruches schuldig gemacht; die Kassen müssen vor derartigen Uebergriffen geschützt werden. Deshalb sei eine harte Strafe am Platze.«

In den Tod getrieben. Beim Donauhafenbau in Regensburg wurde ein Arbeiter durch ein stürzende Erdmassen totdrückt. Kurze Zeit vorher wurden einige Arbeiter entlassen, weil sie sich weigerten, an der gefährlichen unterhöhten Stelle weiterzuarbeiten. Die Beseitigung des gefährlichen Zustandes hatte der Unternehmer vorher direkt verboten mit der Bemerkung, eine solche Aengstlichkeit sei nicht am Platze!

Zahlreiche Bergarbeiterversammlungen fanden am 28. Februar in den deutschen Kohlenrevieren statt. Sie beschäftigten sich mit der dem preussischen Abgeordnetenhaus vorliegenden Bergesetznovelle und der beabsichtigten Kohlensteuer. Beides wurde von den meist überfüllten Versammlungen abgelehnt. Einmütig wurden unabhängig, vom Staate entlohnte Arbeiterkontrollreue gefordert und das Vorgehen des Vorstandes des Gewerkevereins christlicher Bergleute, der jetzt auf Befehl des Zentrums umgelenkt ist und für die von der Regierung als Dekoration angebotenen, von den Grubenbesitzern abhängigen »Sicherheitsmänner« eintritt, auch von Mitgliedern und Vertrauensleuten des Vereins verurteilt. Aus Empörung gegen die Haltung der christlichen Vereinsleitung sind zahlreiche christliche Bergleute aus dem Gewerkeverein ausgetreten und dem Verbands begetreten. Gegen die Kohlensteuer wandten sich die Versammelten, weil diese keineswegs von den Grubenbesitzern getragen, sondern von diesen teils auf die Konsumenten, besonders aber auf die Bergarbeiter abgewälzt würde. Aus Schlesien wird berichtet, daß nach den Versammlungen in einzelnen Städten große Demonstrationen stattfanden, die teils zu Zusammenstößen mit der Polizei führten. In Waldenburg ging die Gendarmerie gegen die Arbeiter gewaltsam vor; ferner wurde die Feuerwehr alarmiert, die mit den Wasserspritzen die Straßen »säuberte«, wobei auch Vertreter der Hermandad gewaschen wurden.

Politische Monatsschau.

Am Horizont stehen wieder einmal schwere Kriegsgewitterwolken. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich, die Proklamierung Bulgariens zum Königreich und der Anschluß Kretas an Griechenland, die dem Zusammenbruch des Selbstherrschertums in der Türkei auf dem Fuße folgten, haben auf dem Balkan schwere Verwicklungen geschaffen, deren gewaltsame Lösung ganz Europa bis auf den Grund aufwühlen müßte. Die hinterhältige Politik des Zarenreiches, das den serbischen Krakeelern das Rückgrat steilt, hat den

Konflikt, dessen friedliche Beilegung nahe bevorstand, mit neuer Schärfe erfüllt. Dadurch sucht Rußland die Aufmerksamkeit der Nationen von seiner Fischerei im Trüben abzulenken, die auf die politische Vernichtung Finnlands und die Festigung seiner Position in Persien hinausläuft. Zur Verfolgung seiner eigenartigen dunklen Pläne schreckt das russische Selbstherrschertum also vor der gewissenlosesten Schürung des Welbrandes nicht zurück, der allen Völkern schwere Wunden schlagen würde.

Bis zur Stunde ist noch nicht abzusehen, ob die Balkanwirren ohne Krieg gelöst werden können. Erfreulich ist es, daß wenigstens der Konfliktstoff zwischen Deutschland und Frankreich in dieser kritischen Zeit aus der Welt geschafft werden konnte. Das Marokkoabkommen ist seit langem die einzige Arbeit der Diplomatie gewesen, die vor der Kritik bestehen kann. Allerdings haben die Herren Diplomaten durch das Abkommen nur selbstverschuldete Differenzen, die sich zwischen Deutschland und Frankreich wegen der Akte von Algéciras herausgebildet hatten und die fast drei Jahre als unheilsvhangere Wetterwolke den politischen Horizont verdunkelten, wieder ausgeglichen. Die Völker hatten unabweisend gezeigt, daß sie sich durch die Fehler der Diplomatie nicht gegeneinander hetzen lassen würden, und die Diplomatie hat diese Lehren beherzigt. Wir wollen hoffen, daß dadurch endgültig nicht nur zwischen den Völkern, sondern auch zwischen den Regierungen der beiden Nachbarstaaten ein dauerndes Friedenswerk abgeschlossen wurde.

Wenn die mit dem Besuch des Königs von England mit seiner Frau bei seinem Neffen in Berlin verbundenen diplomatischen Auseinandersetzungen der verantwortlichen Staatsmänner beider Länder auch eine Besserung der deutsch-englischen Beziehungen zur Folge gehabt haben sollten, dann würde sogar diesem rein höfischen Vorkommnisse nicht jeder Wert abzuspüren sein. Auch der König und der Kaiser drückten bei einem Festmahl den Wunsch aus, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England zur Erhaltung des Friedens befestigt werden möchten, wobei Onkel Eduard seine Friedensliebe geradezu demonstrativ betonte. Wie hoch derartige Ergüsse einzuschätzen sind, wird freilich durch die Tatsache illustriert, daß weder Wilhelm II. noch Eduard VII. von der Abrüstung, die doch die Vorbedingung für den dauernden Frieden wäre, etwas wissen wollen. Was sie sagten, entsprach aber einem bestimmten Verlangen der Kulturvölker, die nicht für den Krieg, sondern nur für den Frieden sind. Dieser Friedenswille der Völker wird auch in Zukunft die sicherste Stütze des Völkerfriedens sein.

Solange die Herrschenden aber nicht im friedlichen wirtschaftlichen Weltkampf der Nationen deren wahre Stärke erblicken, sondern in der uferlosen Weltpolitik und in dem Ringen um den sagenhaften »Platz an der Sonne«, solange werden die Völker auf der Hut sein müssen, um neuen politischen Verwicklungen durch die Schuld der Diplomatie sofort mit allem Nachdruck entgegenzutreten zu können. Leider sind breite Volksschichten noch nicht zu selbständigem politischen Denken erwacht, so daß sich in den »Volksvertretungen« immer noch Mehrheiten finden, die jene Politik der Herrschenden stützen. Diesem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß der Reichstag die Subvention an den Norddeutschen Lloyd, die er für die angeblich nicht genügend rentable Unterhaltung von Verbindungen mit überseeischen Kolonien, also für die Förderung der deutschen »Weltpolitik« erhält, von 270 000 Mk. auf eine halbe Million erhöhte, ohne daß er für den Schutz der Arbeiter dieser Schiffahrtsgesellschaft irgend welches Verständnis zeigte.

Aber die Volksmassen erwachen immer mehr und infolgedessen wird es den herrschenden Klassen immer schwerer, ihrer einseitigsten und nacktesten Interessenpolitik die Zügel schießen zu lassen. Daraus erklärt sich ihr erbitterter Widerstand gegen jede Erweiterung der Volksrechte und ihr wütendes Bemühen, das Mitbestimmungsrecht der Massen noch mehr zu beschneiden, so lange die Macht noch in ihren Händen ist. Das gilt nicht nur für das Reich, sondern auch für die Einzelstaaten und Kommunen. Einen neuen Beleg für diesen erbitterten Widerstand lieferte Oldenburg, wo kürzlich eine sogenannte »Wahlreform« zum Abschluß gebracht wurde, die sich schon dadurch als eine arge Ungerechtigkeit entpuppt, daß ein Pluralwahlrecht aus ihr hervorgegangen ist. Jeder, der 40 Jahre alt ist, soll eine Zusatzstimme erhalten. Ferner wurde eine reaktionäre Wahlkreisgeometrie, die Beseitigung der Kuvertwahl und manche andere rückständige Bestimmung eingeführt.

Den Beweisen für das Bemühen der herrschenden Klassen, das Mitbestimmungsrecht der Massen noch mehr zu beschränken, will die preussische Stadt Kiel ein neues Ruhmesblatt anfügen. Dort beantragte der Magistrat statt des bisher gleichen Wahlrechts ein Dreiklassenwahlrecht mit der Rixdorfer Verschärfung, die bekanntlich mit liberaler Hilfe zustande kam. Ferner soll der Magistrat nicht mehr durch die Bürgerschaft, sondern durch die Stadtverordneten gewählt werden, deren Zahl von 30 auf 54 erhöht werden soll. Man will den Gesetzesentwurf so schnell durchpeitschen, daß er dem am 21. März in Kiel stattfindenden Provinziallandtage

vorgelegt werden kann. Von den Freisinnigen hängt es ab, ob diese Entrenchung der Besitzlosen, die sich als ein Sozialistengesetz für Kiel entpuppt, Gesetz wird oder nicht. Wir wollen abwarten, ob sie ihrem volksverräterischen Treiben einen neuen Verrat hinzufügen werden.

Die Arbeiterklasse sieht den Dingen mit Ruhe entgegen. Sie weiß, daß sich durch kleinliche Mittelchen die Entwicklung nicht hemmen läßt. Diese muß früher oder später hinwegschreiten über diejenigen, die sich ihr entgegenstellen. Trotzdem muß die Arbeiterschaft auf dem Posten sein, die schlafenden aufrütteln und sich reif machen für die Entfaltung ihrer Macht, für die Beschreitung ihres Weges des Fortschritts und der Freiheit. Denn auch die Massen der Reaktion schließen sich immer fester zusammen, was die landwirtschaftliche Woche, die gerade zur Faschingszeit im Berliner Zirkus Busch tagte, wieder bewiesen hat. Dort sind ganze Kübel voll junkerlichen Unrats auf die dem Lichte entgegenstrebenden Arbeitermassen ausgeleert worden, und zwar im Namen des Patriotismus, der bei den Junkern beim Geldbeutel aufhört, wie ihre wütende Bekämpfung der Nachlaßsteuer und ihrer Verfechter beweist. Gegen jede Wahrrechterweiterung in den Einzelstaaten und gegen das Reichstagswahlrecht wurde wütend Sturm gelaufen. Natürlich wurde die Regierung auch von diesen Herren, die das Reich und das Volk nur als milchende Kuh für junkerliche Interessen betrachten, gegen jede Sozialpolitik scharf gemacht. Wie ihr General Sekretär Diederich Hahn seinerzeit die Arbeitslosenversicherung als eine Prämie auf die Faulheit bezeichnete, so hatten jetzt die Herren den traurigen Mut, den Gedanken einer Arbeitslosenversicherung einen groben Unfug zu nennen.

Merkt euch das, Proletariat, die ihr unter der schweren Krisis, einer Folge und Begleiterscheinung der gegenwartsstaatlichen, privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung ächzt und stönt! Der Staat, in dem sich diese Gesellschaftsordnung verkörpert, hätte die Pflicht, für die Opfer der Krisis, die Arbeitslosen, mit allen Mitteln zu sorgen. Und von den Arbeitsscheuern der oberen Klassen wird der bloße Gedanke an diese Arbeitslosenfürsorge ein »grober Unfug« genannt! Merkt es euch und spart euch die Abrechnung auf für den Tag der Wahlen, den Tag des Gerichtes und der Rache! Vergeßt dabei aber nicht, daß alle bürgerlichen Parteien um die Gunst dieser krassesten Interessenpolitik im Reiche in entwürdigendster Weise buhlen, daß sie für einen gültigen Blick dieser »Edelsten und Besten der Nation« das Wohl der Volksmassen ohne langes Besinnen unter die Füße treten. Die ganze Blockpolitik ist ein sprechendes Beispiel dafür! Vergeßt es nicht und sorgt dafür, daß statt dieser Volkverräter zu gegebener Zeit Männer eurer Klasse, wahre Volkvertreter in die Parlamente ziehen, auf die ihr euch unter allen Umständen verlassen könnt.

Die Berufszählung von 1907.

Am 10. Februar 1909 veröffentlichte der »Reichsanzeiger« die Schlussziffern der am 12. Juni 1907 veranstalteten Berufszählung für das Deutsche Reich. Nach dieser Zählung wurde im Deutschen Reiche eine Gesamtbevölkerung von 61 720 529 Personen festgestellt. Bei den beiden vorhergehenden Berufszählungen 1895 und 1882 betrug die Volkszahl 51 770 284 und 45 222 113. Danach hat die Reichsbevölkerung sich in den 12 Jahren von 1895 bis 1907 um 9 950 245 oder 19,2 Proz. vermehrt, während die Zunahme in dem früheren 13-jährigen Zwischenraum von 1882 bis 1895 nur 6 000 548 Personen, d. h. 14,4 Proz. betragen hat.

Was zunächst die **Bevölkerungsgruppen** betrifft, so befanden sich unter den 61 720 529 (1895: 51 770 284, 1882: 45 222 113) Ortsanwesenden 26 827 362 (1895: 20 770 875, 1882: 17 632 008) Erwerbstätige im Hauptberuf, 1 264 755 (1 339 316 und 1 324 924) Dienende für häusliche Dienste, 30 223 429 (27 517 285 und 24 910 695) Angehörige und 3 404 983 (2 152 808 und 1 354 486) berufslose Selbständige. Zwischen den einzelnen Berufszweigen sind in den letzten 12 Jahren von 1895 bis 1907 sehr erhebliche Veränderungen vorgekommen. Während die Gruppe der Dienenden für häuslichen Dienste (Dienstboten) sich um 5,7 Proz. vermindert hat und die Zahl der Angehörigen nur um 9,83 Proz. gestiegen ist, hat sich die der Erwerbstätigen im Hauptberuf um 29,16 und die der berufslosen Selbständigen um 58,90 Proz. erhöht. Noch viel deutlicher als aus diesen Zahlen ergibt sich die Verschiebung in der Zusammensetzung der Bevölkerung, wenn man den Anteil der Gruppen an der Gesamtbevölkerung errechnet. Während im Jahre 1882 38,99 und im Jahre 1895 40,12 Proz. der Bevölkerung Erwerbstätige im Hauptberufe waren, hat sich diese Zahl im Jahre 1907 auf 43,46 Proz. erhöht; umgekehrt ist die Zahl der Angehörigen ohne Hauptberuf von 55,08 und 53,15 auf 48,97 Proz. gesunken. Dienende für häusliche Dienste, also Dienstboten, wurden im Jahre 1907 nur 2,05 Proz. der Bevölkerung gezählt gegen 2,59 im Jahre 1895 und 2,93 im Jahre 1882. Der Anteil der berufslosen Selbständigen betrug im Jahre 1882: 3, 1895: 4,14 und 1907: 5,52 Proz.

Sondert man die **männliche und die weibliche Bevölkerung**, so ergibt sich, daß unter der männlichen 61,01 (1895: 61,03) Proz. Erwerbstätige im Hauptberuf, 0,05 (0,10) Dienstboten, 33,65 (34,83) Angehörige und 5,29 (4,04) Proz. berufslose Selbständige

waren. Die weibliche Bevölkerung umfaßte 26,37 (1895: 19,97) Proz. Erwerbstätige im Hauptberuf, 4,00 (4,99) Dienstboten, 63,90 (70,81) Angehörige und 5,73 (4,23) Proz. berufslose Selbständige. Man sieht also, daß der Anteil der hauptberuflichen Erwerbstätigen beim männlichen Geschlecht nicht gestiegen, sondern ein wenig zurückgegangen ist, so daß die ganze prozentuale Zunahme der Erwerbstätigen auf das weibliche Geschlecht entfällt. Die Zahl der im Hauptberuf erwerbstätigen Frauen ist um nahezu drei Millionen gestiegen, die der männlichen nur um etwa 100 000 mehr. Unter 100 hauptberuflich erwerbstätigen Personen sind jetzt 30,7 weibliche Personen gegen 25,3 im Jahre 1895 und 24,1 im Jahre 1882.

Wenn man die Bevölkerung nach den fünf großen für unsere Statistik eingeführten Berufsabteilungen trennt, so kommen auf die erste Gruppe, die die **Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei** umfaßt, 9 883 257 Erwerbstätige im Hauptberuf gegen 8 292 692 im Jahre 1895 und 8 236 496 im Jahre 1882, auf die **Industrie** einschließlich Bergbau und Baugewerbe 11 256 254 gegen 8 281 220 und 6 396 465, auf **Handel und Verkehr** einschließlich Gast- und Schankwirtschaft 3 477 026 gegen 2 338 511 und 1 570 318, auf **häusliche Dienste** und Lohnarbeit wechselnder Art 4 716 095 gegen 4 324 491 und 3 975 82, auf **Militär**, Hof-, bürgerlichen und kirchlichen Dienst, auf sogenannte freie Berufsarten 1 738 530 gegen 1 425 961 und 1 031 147. **Ohne Beruf** und Berufsangabe sind 3 404 983 Personen gezählt gegen 2 142 808 und 1 354 486.

Vergleicht man die Zahl der Erwerbstätigen in den einzelnen Berufsabteilungen mit der Gesamtzahl der Berufstätigen, so zeigt sich deutlich, wie der Anteil der **Landwirtschaft zurückgegangen** ist; er betrug im Jahre 1907 nur noch 32,7 Proz. gegen 36,2 im Jahre 1895 und 43,4 im Jahre 1882; dagegen ist der Anteil der **Industrie** von 33,7 Proz. auf 36,1 im Jahre 1895 und 37,2 im Jahre 1907 gestiegen. Der Handel hat seinen Anteil von 8,3 über 10,2 auf 11,5 Proz. erhöht. Der Anteil der Beamten, freien Berufsarten usw. umfaßte 1907 5,7 Proz. gegen 6,2 im Jahre 1895 und 5,4 im Jahre 1882, ist also etwas zurückgegangen. Rechnet man die Angehörigen und Dienstboten zu den Erwerbstätigen hinzu, so betrug der Anteil der Berufszugehörigen bei der Landwirtschaft 28,6 (1895: 35,8, 1882: 42,5) Proz., bei der Industrie 42,8 (39,1 und 33,5) und beim Handel 13,4 (11,5 und 10,0) Proz. der Gesamtbevölkerung.

Am stärksten in die Augen fallend ist das überaus starke **Anwachsen der Arbeiterbevölkerung**, das alle Erwartungen übertroffen hat.

Stellen wir zunächst die gesamte Arbeiterbevölkerung in Landwirtschaft, in Bergbau und Industrie sowie in Handel und Verkehr zusammen, so erhalten wir für die drei Berufszählungen 1882, 1895 und 1907 folgende Ziffern: Es betrug die Zahl der Arbeiter mit ihren Angehörigen und einschließlich aller Dienenden für häusliche Dienste: 1882: 22 278 635; 1895: 26 081 103; 1907: 33 969 497.

Von 1882 auf 1895 hat die Arbeiterbevölkerung um ca. vier, von 1895 auf 1907 aber um rund acht Millionen Köpfe zugenommen. Das Wachstum der Arbeiterbevölkerung wird noch deutlicher, wenn wir sie in Vergleich zu der übrigen Bevölkerung bringen, die den drei großen Gruppen des Erwerbslebens angehören. Die nicht zur Arbeiterbevölkerung gehörigen Schichten umfaßten nämlich Köpfe: 1882: 18 474 274; 1895: 19 727 098; 1907: 19 169 205.

Im Jahre 1882 war die Arbeiterbevölkerung erst ca. 3,8 Millionen Köpfe stärker als die in Frage kommende Gesamtbevölkerung. Im Jahre 1895 war sie schon um ca. 6,35 Millionen Köpfe stärker. Im Jahre 1907 aber überragt die Arbeiterbevölkerung die übrigen, der Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr zugehörigen Schichten um nicht weniger als 14,80 Millionen Köpfe; statt ca. 54 Proz. wie im Jahre 1882 macht sie 64 Proz. der gesamten in Frage kommenden Bevölkerung aus. Lassen wir die Zugehörigen außer Betracht und befassen uns nur mit den Erwerbstätigen, so erhalten wir folgende Berufsabteilungen:

	1882	1895	1907
Landwirtschaft	5 881 819	5 627 794	7 283 472
Industrie	4 096 243	5 955 711	8 593 125
Handel und Verkehr	727 262	1 233 047	1 959 525
Häusl. Dienstboten	1 373 139	1 366 223	1 274 861
Zusammen	12 078 463	14 182 775	19 110 982

Besonders bemerkenswert ist die Zunahme der Arbeiter in der Landwirtschaft. Während ihre Zahl von 1882 auf 1895 gefallen ist, nahm sie von 1895 bis 1907 ungemein stark, nämlich um 1,65 Millionen Köpfe, zu. Diese Verschiebung ist äußerst auffällig, erklärt sich aber durch die Methode der Statistik, die als »landwirtschaftliche Arbeiter« auch die in den Familien der kleinsten landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigten Familienangehörigen usw. mitgezählt hat. Die »Landwirtschaft« als solche wird dabei als bedeutender hingestellt, als sie in Wirklichkeit ist.

Um 2,64 Millionen Köpfe hat die Zahl der Arbeiter in der Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe zugenommen. Relativ sehr erheblich ist auch das Anwachsen der Arbeiterschaft in Handel und Verkehr. Zurückgegangen ist dagegen die Zahl der häuslichen Dienstboten. Die industrielle Ar-

belterschaft war 1882 noch um ca 18 Millionen Köpfe geringer als die landwirtschaftliche. 1907 ist sie um 13 Millionen stärker. Sehr wichtig ist weiter die Bewegung der Schicht der Angestellten.

Auf die verschiedenen Berufsabteilungen kamen Angestellte:

	1882	1895	1907
Landwirtschaft	66644	96173	98812
Industrie	99076	263745	686007
Handel und Verkehr	141548	261907	505909
Zusammen	307268	621825	1290728

Die Schicht der Angestellten hat sich von Zählungsperiode zu Zählungsperiode fast stets verdoppelt. 1882 hatten Handel und Verkehr noch die meisten Angestellten. 1895 war die Angestelltenschicht in der Industrie ziemlich gleich stark wie in Handel und Verkehr, 1907 aber war sie schon um rund 181000 Köpfe stärker. In der Landwirtschaft hat die Schicht der Angestellten nur langsam zugenommen, gegen 1907 hat sie sich überhaupt nur wenig vermehrt. Werfen wir nun noch einen Blick auf die selbständigen Erwerbstitel, so erhalten wir folgendes Bild. Es wurden selbständige Erwerbstitel in den drei Berufsabteilungen gezählt:

	1882	1895	1907
Landwirtschaft	2288033	2568725	2500974
Industrie	2201146	2061764	1977122
Handel und Verkehr	701508	843557	1012192
Zusammen	5190087	5474046	5490288

Von 1882 auf 1895 hat die Zahl der Selbständigen noch merklich zugenommen, da in der Landwirtschaft 1895 erheblich mehr Selbständige gezählt wurden als 1882. Von 1895 bis 1907 ist dagegen die Zahl der Selbständigen ziemlich stabil geblieben. Das Plus gegenüber 1895 beträgt nur rund 16000 und fällt nicht ins Gewicht. Dieses Plus kommt überhaupt nur dadurch zustande, daß in Handel und Verkehr die Selbständigkeit sich noch um fast 170000 Köpfe vermehrt haben. Dagegen haben sie ebensowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie abgenommen in jener gegen 1895 um ca. 18000, in dieser um 84000 Köpfe. Die Schicht der Selbständigen hat sich also nicht zu vermehren vermocht, dagegen ist die Schicht der Angestellten, die Schicht der Arbeiter überaus stark gewachsen.

St. P.-K.

Briefkasten der Redaktion.

W. S., M. Inverte sind an die Expedition zu senden. — H. B., B. Berichte, die mehr als einen Monat nach dem Stattfinden einer Versammlung hier eingehen, werden in Zukunft nicht mehr aufgenommen. — F. P., D. Bis zur Veröffentlichung des Artikels kann geraume Zeit vergehen. Für die anderen Beiträge würde ich aber aus den Gründen die Sie selbst schon nannten, keine Verwendung haben. Gruß! — J. W., D. Manuskripte, die drei Tage nach Redaktionsschluß hier eingehen, können beim besten Willen nicht mehr berücksichtigt werden. — F. H., H. Ihr Schreiben habe ich der Redaktion der „Graph. Rundschau“ zugestellt.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Wie sollen Lehrlinge behandelt werden?

»Ein jeder Mensch richtet sich nach der Behandlung, die ihm von seinen Mitmenschen zuteil wird.«

Behandelst du einen Lehrling stets im barschen Ton, so wird er nie ein freundliches Gesicht zeigen. Kommst du aber freundlich und in humaner Weise, so wird er mit Freuden deinen Auftrag verrichten. Tadele nicht zu viel, sondern lobe ihn, wenn er sich Mühe gegeben hat. Bei fortwährendem Tadel wird er bald den Mut verlieren und sich simpel und träge zeigen. Doch bei verdientem Lob wird er sich noch mehr befehligen und bemühen, sein Bestes zu leisten. Störe deinen Lehrling nicht dadurch, daß du ihn zu oft zu Laufenläufen veranlaßt, die du vermeiden kannst.

Oft kommen auf einen Lehrling 3 bis 4 Gehilfen, welche sich alle von einem Lernenden bedienen lassen. Bald wollen sie ein Glas Trinkwasser, bald den Schleifstein, bald Material herzugetragen oder beseitigt haben und so fort. Mute einem Lehrling keine Hausarbeiten zu, wie Teppiche klopfen, Zimmer auskehren, Kohlen und Wasser tragen und Wege laufen, womöglich gar noch nach Feierabend.

Auch soll ein Steindrucklehrling nicht die Zeit mit Steinsuchen verbringen oder das schädliche Bronzabreiben verrichten, denn

dieses ist Sache der Hilfsarbeiter. Hier muß unbedingt der Gehilfe darauf achten, daß Arbeiten, welche seinem Lehrling nicht zukommen, am wenigsten durch ihn veranlaßt werden.

Ferner sollen die Lehrlinge keine Markthelfer- und Arbeitsburschen-Arbeiten verrichten wie Kisten verpacken, Druckbogen zählen, Postpakete fortragen und womöglich noch den Handwagen fahren. So etwas gehört nicht zur Erlernung des Berufs und jeder Lehrling kann sich weigern, solche Arbeiten zu verrichten oder von seinen Eltern oder dem Vormund dem Lehrherrn solche Zumutung verbieten lassen.

Durch fortwährende Nebenarbeiten wird oft 1 Jahr dem Lehrling von seiner Ausbildungszeit gestohlen. Daß die betreffenden Lehrlinge dann als Gehilfen nicht leistungsfähig genug sind, ist wohl selbstverständlich. Deshalb werden diese sehr häufig nach beendeter Lehrzeit entlassen. Der junge Gehilfe muß dann, um Arbeit zu erlangen, die Löhne unterbieten, und die Folge davon ist ein Sinken des Lohnniveaus im allgemeinen.

Dieser Umstand wirkt wieder auf die Allgemeinheit ungünstig und schlechte Verhältnisse sind die Folge.

Darum trage jeder Gehilfe dazu bei, seinen Lehrlingen etwas tüchtiges zu lehren. Erst dann erfüllt er seine Pflicht und bringt ein gutes Einvernehmen zwischen Lehrlingen und Gehilfen zustande.

Daß von seiten der Gehilfen oft gegen die hier aufgestellten Grundsätze gesündigt wurde, können viele Lehrlinge bestätigen. Man hört von ihnen die Klage, daß ihnen die Gehilfen noch kurz vor dem Auslernen Ohrfeigen angeboten haben. Durch solche Vorkommnisse hält es sehr schwer, diese jungen Gehilfen zu organisieren. Z. B. haben die so Behandelten verächtlich gelacht und abfällige Bemerkungen fallen lassen, als man ihnen vorige Ostern die Flugschrift »Ausgelernt« aushändigte; sie verglichen das »gute Entgegenkommen der älteren Gehilfen« mit den eigenen Erfahrungen. Dafür zu sorgen, daß kein Auslernender Grund zur Klage hat, und daß später ein gutes Einvernehmen zwischen alt und jung vorhanden ist, ist Sache eines jeden Gehilfen.

Anastasio.

Ortsberichte.

Protest-Versammlungen.

Coburg. Um Protest gegen die von der Reichsregierung geplanten Tabak-, Plakat- und Anzeigensteuern zu erheben, fand am 25. Februar eine öffentliche Versammlung der graphischen Arbeiter statt. Das Referat hatte der Redakteur des »Thüringer Volksfreunds« in Sonneberg, Genosse von Lojewsky, übernommen, der in 1 1/2 stündiger Rede die steuerpolitische Ganzleistung unserer Regierung, die die Reichsfinanzreformvorlage getauft hat, zerpfückte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: »Die heute, am 25. Februar 1909, im Saale der »Neuen Welt« zu Coburg tagende, von graphischen Arbeitern, Arbeiterinnen und sonstigen Interessenten besuchte Versammlung erhebt schärfsten Protest gegen die Steuerpolitik der Reichsregierung, insbesondere gegen den Entwurf eines Plakat- und Anzeigensteuergesetzes und erwartet die Ablehnung dieser, das Buch- und Steindruckgewerbe schwer schädigenden Gesetzesvorlagen. Dem lithographischen Gewerbe droht nicht nur eine schwere Schädigung durch die geplante Erhöhung der Tabaksteuer, wodurch ein bedeutender Rückgang im Konsum zu erwarten ist und somit auch eine erhebliche Einbuße bei den barten Tabakpackungen eintritt, sondern neben der Tabak-, Anzeigen- und Plakatsteuer droht dem lithographischen Gewerbe auch ein bedeutender Schlag durch die beabsichtigte Erhöhung der Einfuhrzölle in Amerika auf lithographische Produkte, so daß dadurch in vielen Fällen eine vollständige Lahmlegung der Betriebe herbeigeführt werden muß. Schon jetzt sind die Folgen dieser Zoll- und Steuerpolitik stark zu verspüren; ebenso ist bereits durch das geplante Anzeigensteuergesetz eine vergrößerte Arbeitslosigkeit im lithographischen Gewerbe eingetreten. Diese Arbeitslosigkeit noch mehr zu vergrößern, verbietet allein schon der gesunde Menschenverstand. Es ist daher an der Zeit, diesem das Buch- und Steindruckgewerbe schwer schädigenden Treiben mit aller Schärfe entgegenzutreten. Deshalb erwarten wir strikteste Ablehnung aller von der Regierung geplanten indirekten Steuern, insbesondere der Tabak- und Anzeigensteuergesetzesvorlagen.«

Erfurt. In unserer am 27. Februar abgehaltenen, von den Arbeitern aller graphischen Branchen stark besuchten Versammlung referierte Paul Barthel-Berlin. In 1 1/2 stündigem Vortrage behandelte er die Ursachen und Wirkungen der Krisis und den Umfang der aus ihr resultierenden Arbeitslosigkeit. Auf Grund der Stellungnahme der Regierungsvertreter und der bürgerlichen Parteien zur Arbeitslosenfürsorge wies er nach, daß die herrschenden Klassen nichts zur Milderung der Arbeitslosigkeit tun. Die Kulturarbeit überlassen sie den Gewerkschaften, die dafür noch bei jeder Gelegenheit mit Schmutz beworfen werden. Aber die herrschenden Klassen tun nicht nur nichts zur Milderung des Arbeitslosenelends, sondern sie tragen noch direkt zu seiner Vergrößerung bei. Beweis dafür ist die deutsche Zollpolitik, die gleiche Maßnahmen im Ausland auslöst, wodurch der deutschen Produktion der Auslandsmarkt verschlossen oder eingeschränkt wird und Tausende deutscher Arbeiter arbeitslos gemacht werden. Weitere Beweise liefert die Steuerpolitik, besonders die geplanten Tabak-, Inserat- und Plakatsteuern, die zahllose Existenzen vernichten müssen. Wer eine Aenderung in diesem Verrechnungs-system erstrebt, muß sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch betätigen. Nur eine starke Arbeitervertretung in den Parlamenten kann Besserung schaffen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: »Die am 27. Febr. im Restaurant Forelle in Erfurt tagende öffentliche Versammlung aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Personen protestiert auf das entschiedenste gegen die geplante Tabak- und Plakatsteuer und erwartet vom gesamten Reichstage, alle Kräfte anzuspannen, um diese Vorlage nicht Gesetz werden zu lassen.«

Halberstadt. Hier referierte am 3. März in einer von den Angehörigen aller graphischen Branchen gut besuchten öffentlichen Versammlung der Redakteur der »Gr. Pr.«, Kollege Paul Barthel. Im Anschluß an den mitlebhaften Beifall aufgenommenen Vortrag wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: »Die am 3. März zahlreich versammelten graphischen Arbeiter Halberstadts protestieren entschieden gegen die neue Reichsfinanzreformvorlage, besonders gegen den in ihr enthaltenen Entwurf eines Anzeigensteuergesetzes. Die Inseratensteuer, die in diesem Entwurf vorgesehen ist, würde das Geschäftsleben im allgemeinen und das deutsche Buchdruckgewerbe im besonderen schwer treffen. Die in dem Entwurf ebenfalls enthaltene Plakatsteuer muß wegen der beabsichtigten Steuersätze, die in gar keinem Verhältnis zum Herstellungspreis stehen, die Plakatindustrie vollständig in Frage stellen und dadurch zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen, die bisher in diesem Gewerbe ihren Lebensunterhalt erwarben, arbeitslos machen und dem Hunger und Elend überantworten. Die durch die Vernichtung zahlreicher Gewerbebetriebe und durch die Brotlosmachung vieler Arbeiterexistenzen entgehenden Gewerbe- und Einkommensteuern würden den aus den Resten des Plakataushangs fließenden Steuerbetrag bei weitem überwiegen, so daß diese Steuer dem Reich nicht nur keine Einnahmen, sondern direkte Verluste bringen müßte. Die Versammelten ersuchen daher den Reichstag dringend um Ablehnung des gesamten Anzeigensteuergesetzes.«

Heilbronn. Am 1. März fand eine von sämtlichen graphischen Berufen veranstaltete Protestversammlung gegen die geplanten, unseren Beruf schwer schädigenden Steuervorlagen der Reichsregierung statt. Nach einem auf die Materie eingehenden Referat des Genossen Redakteur Hiltzer wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: »Die heute am 1. März 1909 in Heilbronn tagende, von Angehörigen sämtlicher graphischen Berufe besuchte Versammlung erhebt schärfsten Protest gegen den Entwurf eines Anzeigensteuergesetzes und Plakatgesetzes und erwartet die Ablehnung dieser gesamten graphischen Gewerbe schwer schädigenden Gesetzesvorlage.« Die Leitung der Versammlung wurde beauftragt, vorstehende Resolution dem Reichstagsabgeordneten Naumann als Vertreter des dritten württembergischen Reichstagswahlkreises zu übermitteln.

Jena. In unserer am 26. Februar abgehaltenen öffentlichen Versammlung behandelte Kollege Barthel-Berlin eingehend die Steuervorlagen der Regierung, besonders die geplante Anzeigensteuer und ihre Wirkungen auf das gesamte Erwerbsleben. Folgende Resolution, die der Finanzkommission des Reichstages und dem Abgeordneten des Kreises übermittelt werden soll, fand einstimmige Annahme: »Die am 26. Februar 1909 im »Gaishaus« zum Löwen versammelten Arbeiter der graphischen Gewerbe Jena protestieren einmütig gegen die von der Regierung geplante Tabak-, Inserat- und Plakatsteuer. Die Versammelten erblicken in diesen Steuervorschlägen einen neuen Schlag gegen die schon ohnedies durch die Zollpolitik schwer geschädigten graphischen Gewerbe. Sie erwarten deshalb vom Reichstage, daß er diese nicht den geringsten Erfolg zur Hebung der Reichsfinanzen versprechenden Steuervorlagen zu Falle bringt.«

Magdeburg. Trotz des starken Schneesturmes hatten sich am 2. März die graphischen Arbeiter Magdeburgs zahlreich versammelt, um gegen die Reichsfinanzpolitik der Regierung machtvoll zu protestieren. Kollege Paul Barthel-Berlin zerpfückte in seiner 1 1/2 stündigen, mit lebhaftem Beifall auf-

genommenen Rede die gesamte Vorlage, besonders aber den Entwurf zu einem Plakatsteuergesetz. Die Versammlung resolveierte einstimmig wie folgt: „Die heute, am 2. März in Magerburg tagende, von 150 Personen besuchte Versammlung von graphischen Arbeitern und Arbeiterinnen erhebt schärfsten Protest gegen die Steuerpolitik der Reichsregierung, insbesondere erhebt sie Protest gegen den Entwurf eines Anzeigensteuergesetzes und erwartet die Ablehnung dieser das Druckergewerbe schwer schädigenden Gesetzesvorlage. Dem lithographischen Gewerbe droht nicht nur eine schwere Schädigung durch die geplante Erhöhung der Tabaksteuer, wodurch nach fachmännischer Berechnung ein bedeutender Rückgang im Konsum zu erwarten ist und somit auch eine erhebliche Einbuße bei den bunten Tabakpackungen entritt, was sich bei der Erhöhung der Zigarettensteuer im Jahre 1906 bereits sehr stark zeigte, sondern neben der Tabak- und Anzeigensteuer droht dem lithographischen Gewerbe auch ein bedeutender Schlag durch die beabsichtigte Erhöhung der Einfuhrzölle in Amerika auf lithographische Produkte, so daß es fast den Anschein hat, als wenn es auf den vollständigen Ruin des lithographischen Gewerbes abgesehen ist. Schon jetzt sind die Folgen der famosen Zoll-, Handels- und Steuerpolitik stark zu verspüren; nach verschiedenen Ländern ging die Ausfuhr infolge dieser Zoll- und Handelspolitik dem lithographischen Gewerbe verloren und ebenso ist bereits durch den Plan der Reichsregierung zur Einführung eines Anzeigensteuergesetzes eine bedeutend vergrößerte Arbeitslosigkeit im lithographischen Gewerbe eingetreten, indem bedeutende Bestellungen auf Plakate infolge des Steuerplanes zurückgezogen wurden. Hat schon jetzt das lithographische Gewerbe mit der größten Arbeitslosigkeit zu rechnen, wobei neben den vielen Arbeitslosen noch sehr viele bei verkürzter Arbeitszeit und halbe Tage arbeiten, so gebietet allein schon der gesunde Menschenverstand, daß es endlich an der Zeit ist, diesem das Gewerbe schwer schädigenden Treiben mit Schärfe entgegenzutreten. Wir erwarten aus dem Angeführten strikteste Ablehnung aller das gesamte Volksleben schwer schädigenden Steuerprojekte und im besonderen Ablehnung der Anzeigensteuergesetzesvorlage.“

Nürnberg. Am 22. Februar fand in den Zentralen eine zahlreich besuchte Versammlung der in der graphischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Der Reichstagsabgeordnete für Nürnberg, Genosse Dr. Südekum, referierte über die neuen Steuervorlagen und die daraus entstehenden Folgen für die graphische Industrie. Er führte aus, daß durch die Steuerpolitik der Parteien bis jetzt noch kein Steuerplan eine Mehrheit gefunden habe. Da man durch Ablehnung der Nachlaststeuer den Besitz nicht antasten will, kommt man auf die unsinnlichsten und verderblichsten Steuerpläne. Wie die Fahrkartensteuer nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat, wird ihn auch die Plakatsteuer, die eigentlich auch nichts anderes als eine Verkehrssteuer ist, nicht bringen. Die Ansicht der Regierung, daß das Inserieren und Plakatieren als ein Luxus zu betrachten sei, kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Der Kaufmann muß eben seine Waren anpreisen, wenn er Geschäfte machen will. Eine Weltfirma, die in einem Jahre eine Million Mark an Reklame sparte, hatte in demselben Zeitraum bei gleicher Konjunktur einen Verlust von acht Millionen Mark. Ohne die Ersparnis an Reklame wäre dieser Verlust vermieden worden. Obwohl man nun annimmt, daß die Inseratensteuer fällt, ist aber das Schicksal der Plakatsteuer noch nicht entschieden. Bei der Zerfahrenheit, die in der Steuerkommission herrscht, kann überhaupt nichts Endgültiges festgestellt werden. Redner zeigte ein Plakat vor, von dem 100000 Stück 3000 Mark kosten; die Steuer jedoch würde über 6000 Mark betragen. An weiteren Beispielen bewies er, wie nicht allein die Arbeiterschaft, sondern auch die Unternehmer auf aller schwerste geschädigt werden. Tausende und Abertausende von Existenzen sind der Vernichtung preisgegeben und das alles, um 4,7 Millionen Mark, eine geringe Summe im Hinblick auf die 500 Millionen neue Steuern, aus den graphischen Erzeugnissen herauszuschöpfen, wovon sicher 2 Millionen für die Verwaltung aufgebraucht würden. Weitere schwere Gefahren drohen dem Gewerbe durch die Tabaksteuer. Die farbigen Zigarettenpackungen werden auf einfachere Weise hergestellt, wenn nicht ganz beseitigt. Dazu kommen noch die Gegenmaßregeln anderer Länder gegen die deutsche Zollpolitik. Verschlechterungen drohen dem Arbeiter von allen Seiten, er wird gleich mit doppelten Ruten gepeitscht. Eine Opposition ist bei der Zusammensetzung des Reichstags, der unter der Parole: „Nieder mit der Sozialdemokratie!“ gewählt ist, außerordentlich schwer. Manchem Unternehmer werden jetzt die Augen aufgehen, nachdem er auch hier ein vollgültiges Maß von Schuld trägt. Zum Schluss fand nachstehende Resolution, für die auch die anwesenden Prinzipale stimmten, einstimmige Annahme. „Die am 22. Februar 1909 in den Zentralen zu Nürnberg Versammelten sprechen sich entschieden gegen die geplante Erhöhung der Plakatsteuer aus, weil beide verkehrshemmend und kulturfeindlich sind und weil insbesondere die Plakatsteuer und die Steuer auf Zeitungsbeilagen den Ruin für viele Druckereien und solche Anstalten bedeuten würde, die sich bisher ausschließlich oder

in der Hauptsache der Herstellung von Erzeugnissen für Reklamezwecke gewidmet haben. In einer Zeit erbarmungsloser Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse und angesichts der im Lande herrschenden Arbeitslosigkeit verurteilen die Versammelten rückhaltlos die verderbliche Wirtschafts- und Steuerpolitik des Reiches.“

Saalfeld a. d. S. Eine starkbesuchte öffentliche Versammlung der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 24. Februar im Saalfelder Gewerkschaftshaus. Das Referat hatte unser Redakteur, Kollege Barthel, übernommen, der in einer 1 1/2 stündigen Rede die Steuerpolitik der Regierung einer scharfen, aber verdienten Kritik unterzog. Die Versammlung beschloß einstimmig folgende Resolution: „Die am 24. Februar 1909 in Saalfeld a. d. Saale Versammelten graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen erheben schärfsten Protest gegen die geplante Plakat- und Tabaksteuer und gegen die übrigen Vorlagen für indirekte Steuern. Besonders durch die Plakatsteuer würde das graphische Gewerbe schwer geschädigt werden, ohne daß sie dem Reiche den gewünschten Erfolg brächte. Die Produktion würde riesig eingeschränkt und die Arbeitslosigkeit, die an und für sich schon eine niedrige Höhe erreicht, ins Ungeheuerliche gesteigert werden. In derselben Weise würde eine höhere Belastung des Tabaks wirken, da die Zigarrenfabrikanten in erster Linie an den lithographierten Ausstattungen der Packungen zu sparen versuchen werden. Daher ersucht die Versammlung den Reichstag dringend um Ablehnung der Plakat- und Tabaksteuer und aller anderen indirekten Steuervorlagen.“

Waldenburg. Eine von der Zahlstelle Altwasser unseres Verbandes gemeinschaftlich mit der Ortsgruppe Waldenburg des Buchdruckerverbandes einberufenen, sehr starkbesuchte Versammlung wurde hier am 28. Februar abgehalten. Daran beteiligten sich auch Kollegen aus Freiberg, Hof Oöhlenau und Schweidnitz. Die Versammlung fand im Anschluß an eine imponente, gut organisierte und gelungene, etwa 3000 Teilnehmer aufweisende Wahlrechtsdemonstration statt. Der Referent O. Steinbrecher-Breslau vom Verband der Buchdrucker wies zuerst mit trefflichen Worten auf die ungeheure Verschwendung der Steuergelder, hauptsächlich durch den Militarismus und die Auspörierung des Volkes durch indirekte und ganze Gewerbe lähmende Steuern hin. Demgegenüber beleuchtete er die Steuerscheu der Besitzenden, insbesondere der Junker mit ihrem „Patriotismus“, der nichts kosten darf und der sich niemals auf Steuerzahlen erstreckt. Ein recht drastischer Beweis ist die Zirkus Busch-Versammlung und die Versammlung der „Steuer- und Wirtschaftsreformer“. Nach längeren Ausführungen über Steuern auf Inserate und Beilagen kam der Referent auf die für unseren Beruf besonders schädliche Plakat-Steuer zu sprechen. An Beispielen wies er schlagend nach, daß es für die Interessenten fast unmöglich wird, sich des Plakats als Reklamemittel noch zu bedienen. Nachdem noch Kollege Zappe die Ausführungen ergänzt und besonders auf die vernichtenden Wirkungen der geplanten Zollerhöhungen in Amerika hingewiesen hatte, die durch die unvernünftige deutsche Zollpolitik ausgelöst worden sind, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute am 28. Februar 1909 im Schützenhaus zu Waldenburg i. Schl. tagende, von 250 Personen besuchte öffentliche Versammlung erhebt schärfsten Protest gegen den gesamten Entwurf eines Anzeigensteuergesetzes und erwartet die Ablehnung dieser, das graphische Gewerbe schwer schädigenden Gesetzesvorlage. Hat schon jetzt das Buchdruck- und vor allen Dingen das lithographische Gewerbe mit der größten Arbeitslosigkeit zu rechnen, wobei neben den vielen Arbeitslosen noch sehr viele bei verkürzter Arbeitszeit, ja sogar nur halbe Tage arbeiten, so gebietet allein schon der gesunde Menschenverstand, daß es endlich an der Zeit ist, diesem, das Gewerbe schwer schädigenden Treiben mit Schärfe entgegenzutreten. Der von der Steuer erhoffte Betrag von 33 Millionen Mark pro Jahr wird zweifellos infolge Rückganges der Reklame auch nicht annähernd erreicht werden und steht in keinem Verhältnis zu der durch den Entwurf hervorgerufenen unheilbaren Schädigung des gesamten Druckgewerbes. Die Versammelten erwarten aus dem Angeführten strikteste Ablehnung aller das gesamte Volksleben tief schädigenden Steuerprojekte und im besonderen Ablehnung der Anzeigensteuergesetzes-Vorlage.“

Weimar. In unserer am 25. Februar im Volkshaus abgehaltenen, von Buchdruckern, Buchbindern, Lithographen und Steindruckern, Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen starkbesuchten Versammlung referierte Kollege Barthel-Berlin. Er übte eine scharfe Kritik an der gesamten, gewerbeschädigenden Steuerpolitik der Regierung und wies besonders die Unsinnigkeit und Unvernünftigkeit des Plakatsteuerentwurfs an Hand einer Reihe von Plakaten, bei denen er den Steuerbetrag dem Herstellungspreis gegenüberstellte, schlagend nach. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute am 25. Februar in Weimar tagende gubestuchte Versammlung von graphischen Arbeitern und Arbeiterinnen sowie sonstigen Interessenten erhebt schärfsten Protest gegen die Steuerpolitik der Reichsregierung. Die Versammelten erblicken in der Inseraten- und Plakatsteuer eine die gesamte graphische Industrie schwer schädigende Belastung, deren Ergebnis in keinem

Verhältnis steht zu den Lasten, die sowohl pekuniär als durch die für die Steuerkontrolle notwendigen geschäftlichen Maßnahmen dem graphischen Gewerbe auferlegt werden. Die Annahme der Vorlage würde einen Rückgang des Reklamewesens zur Folge haben, unter dem Prinzipale und Tausende von Gehilfen wirtschaftlich schwer zu leiden hätten. Die geplante Erhöhung der Takaksteuer bringt namentlich auch dem graphischen Gewerbe schwere Schädigungen durch Rückgang im Verbrauch der bunten Tabakpackungen. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß der Reichstag diesen Vorlagen gegenüber eine ablehnende Stellung einnimmt.“

Dessau. Am 27. Februar fand unsere zweite gemeinsame Mitgliederversammlung statt, in der mitgeteilt wurde, daß die Aufnahme des vom Hauptvorstand versandten Artikels der Aufklärung über die schlechte Lage unserer Berufe bringen sollte, durch die beiden hiesigen bürgerlichen Blätter verweigert wurde. Nur im „Volksblatt“ ist er erschienen. Im Anschluß an den Kartellbericht wurde der Antrag des Vorstandes, zur Erweiterung der Gewerkschaftsbibliothek 10 Mk. zu bewilligen, angenommen. Ferner wurde darauf verwiesen, reger als bisher die Bibliothek zu benutzen. An der Aufbringung der Extrarunterstützung beteiligten sich die hiesigen Formstecher vollzählig. Zum Schluß wies der Vorsitzende auf die im März stattfindende Gewerbeberichterwahl hin mit dem Ersuchen um rege Beteiligung.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Nochmals Agostini.

„Wir werden eventuelle weitere Schreibereien nicht mehr beachten“, schreibt Herr Agostini am Ende seiner „Entgegnung“. Ja, was bildet sich denn Herr Agostini ein? Glaubt er etwa, wir schreiben für ihn? Niemals! Für unsere Kollegen ist unser Artikel geschrieben worden, und alle weiteren Schreibereien sind nur für diese bestimmt.

Da unser Artikel nur einen Teil von dem brachte, was zu veröffentlichen nötig wäre, sei es uns gestattet, noch einiges dazu anzuführen, zumal sich Herr Agostini betätigt, sein Institut in möglichst rosigen Farben zu malen. Da schreibt Herr Agostini, daß er in Zukunft davor bewahrt sein werde, daß die Kollegen „auf seine Kosten“ eine Reise nach Italien machen. Er zahlt an Reiseunterstützung bei der Ankunft in Novara (ganz gleich von welchem deutschen Orte man kommt) 25 £ und nach sechs Monaten weitere 25 £. In den meisten Fällen läßt er sich aber erst dann dazu herbei, wenn man dieserhalb vorstellig wird. Also nur 25 £ Reiseentschädigung bekommt ein Kollege, wenn er kein halbes Jahr mitmacht; und davon soll jemand nach Italien fahren und wieder zurück, wie das Herr Agostini anstellen will, ist uns ein Rätsel. Wenn wir nicht irren, werden neuerdings überhaupt die vollen 50 £ erst nach sechs Monaten gezahlt. So sehen Reisen auf „Agostini's Kosten“ aus!

Und nun gar die falschen Muster. Sind es denn nicht gerade die Unternehmer vom Schlage eines Agostini, die die Kollegen geradezu zwingen, mit falschen Mustern Stellung zu suchen? Wenn Herr Agostini engagiert, so sagt er: „Ja, ich möchte aber gern einen Abzug von einer Arbeit sehen, die Sie in letzter Zeit gemacht haben.“ Es fällt ihm aber gar nicht ein, konsequenterweise auch den bei ihm beschäftigten Leuten Abzüge auszuhändigen. Geht ein Kollege vielleicht nach einem Jahre weg und verlangt Muster, so wird ihm erklärt: „Die Sachen sind noch nicht veröffentlicht, wir können keine Abzüge herausgeben. Wenn sie veröffentlicht sind, schicken wir sie Ihnen zu.“ Der Kollege kann nun 2 bis 3 Jahre warten, bis er sie bekommt, oder vielleicht auch nicht! Und da soll er mit „letzten“ Arbeiten Stellung suchen!

Ueber derartiges widersinniges Zeug ergeht sich Herr Agostini in seiner ganzen „Entgegnung“. Man weiß wirklich nicht, ist es Größenwahn, oder ist es sonst etwas, was diesen Herrn bewegt, von einem „großen“ Institut zu schreiben. Ein Dutzend Stecher und 3 Zeichner beschäftigten — wahrlich, ein „großes“ Institut! Desgleichen macht es lachen, wenn er sagt, daß Leute nicht entlassen worden seien, nur um sie nicht stellunglos zu machen. Wie zutreffend das ist, hat er durch seine letzten Entlassungen bewiesen. Man engagiert die „berufsunreife“ Jugend — nebenbei bemerkt zum Teil persönlich —, und wenn solche jungen Leute einige Zeit dort sind, sagt man ihnen, das Geschäft könne sich nicht mehr damit befassen, die Leute heranzubilden, es brauche nur noch ausgebildete erste Kräfte; nach zwei Jahren könnten sie wieder kommen. Die „berufsunreife“ Jugend kann gehen! Aber „stelligungslos“ machen heißt das in Italien nicht — ach bewahre! Genau so sieht es aus mit den ersten arbeitsamen Leuten, die schon seit Jahren dort beschäftigt seien. Es ist wahrhaftig nicht angebracht, mit zum Teil kontraktlich verpflichteten Leuten Staat zu machen, die lieber heute als morgen gingen.

Aber Herr Agostini bietet alle Bequemlichkeiten! Als Illustration dazu wollen wir kurz die provisorischen Räume schildern, in denen sich zurzeit die Kartographie befindet. Ausgesucht hat man für das große Institut einen Raum mit schmalen Fenstern und breiten Pfeilern in einer der engsten Straßen Novaras. Dann werden 2 Mann an ein Fenster gesetzt, und wenn der Platz fehlt, noch einer ins zweite Licht. Obendrein schreibt man noch vor, wie der Lithograph den Tisch zu stellen habe, und erst dann, wenn einzelne aus diesem Grunde die Kündigung einreichen, gestattet man, daß jeder seinen Tisch so stellt, wie er das beste Licht erhält. Damit es nun aber nicht zu hell werde, ist der untere Teil der Fenster mit Seidenpapier verklebt. Fensterputzen ist auch ein Begriff, der allem Ansehen nach im Agostini'schen Lexikon nicht enthalten ist. Seit Mitte März vorigen Jahres hat kein Kollege einen Spucknapf zu sehen bekommen, und dabei entwickelt die Beschaffenheit des Fußbodens, der nur spärlich gereinigt wird, einen Staub, wie selten wo. Ja wenn wir soviel Spucknapfe hätten als Glockenzeichen, dann hätten wir solche in Ueberfluß.

Noch mehr derartiges könnten wir anführen, doch soll es für heute genügen. Jedenfalls liegt es im ureigensten Interesse der Kollegen, wenn sie diese Firma ganz meiden. Aus der 8 im vorigen Artikel, die die Zahl der Abgeristen angibt, ist jetzt glücklich eine 13 oder 14 geworden, und wie lange wird es noch dauern, dann ist die 20 voll.

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Brief aus Mülheim a. d. Ruhr. Zahlstelle Duisburg.

Diese Zeilen sollen dazu dienen, die Kollegenschaft einmal auf den in der Firma Jul. Bagel, Mülheim-Ruhr, beschäftigten Umdrucker Wittig aus Krefeld aufmerksam zu machen. Er ist daran schuld, daß sich die Leitung der Firma, die sonst einsichtsvoll ist, über die vorkommenden Meinungsverschiedenheiten mit den Maschinenmeistern in keine Aussprache einläßt. Dank der Wirksamkeit Wittigs stehen sie in dem Verdacht, gegen die Geschäftinteressen zu arbeiten.

In der Firma ist es Usus, daß der am längsten im Betriebe beschäftigte Steindrucker die Aufsicht über die Abteilung zu führen hat. Herr Wittig wird nun jedem neu engagierten Maschinenmeister als Umdrucker vorgestellt, mit dem Bemerkung, daß jeder Maschinenmeister selbständig zu arbeiten habe. Sobald ein neuer Kollege die Stelle antritt, sucht sich Wittig dessen Freundschaft und Gunst dadurch zu erwerben, daß er jeden Kollegen, welcher vorher in der Firma beschäftigt war, ins schiefe Licht zu stellen sucht. Alle möglichen Unwahrheiten stellt er als Tatsachen hin. Dabei verspricht er jedem neuen Maschinenmeister, er werde für dauernde und angenehme Stellung sorgen. Diese Freundschaft dauert so lange, als der betreffende Maschinenmeister seine meist nicht praktischen Vorteile mit ihm teilt.

Herr Wittig lebt in dem Glauben, nur er alleine käme als tüchtiger Fachman zur Geltung. Demgegenüber erlaube ich mir einige neugierige Fragen: Wo haben Sie perfekt an der Schnellpresse gearbeitet? Vielleicht in Oberhausen? Ich würde Ihnen empfehlen, Ihre Blicke mehr auf die Ihnen angewiesene Arbeit zu richten, und den Druckern an der Maschine nicht soviel unnütze Vorschriften zu machen, die gewöhnlich Ihre Fachkenntnisse in einem eigentümlichen Lichte erscheinen lassen. Hier der Beweis: Chromo-Umdrucke, Format 125, viel Fläche, reibt er an, natürlich grau statt schwarz, die Folge ist - verätzt. Aetze bereitet er aus Scheidewasser und Wasser mit wenig Gummi. Die Aetze ist scharf fressend, schwache und mittelstarke Aetze kennt er nicht. Schlechtsaugfähigen Chromokarton läßt er ein Jahr vor dem Druck mit Firnis und Magnesia grundieren. Die Folge davon ist, daß der Firnis verharzt durch zu viel Zusatz von Magnesia. Schlägt die Farbenicht ein und die Bogen kleben, dann große Verwunderung; der schuldige Teil ist natürlich - der Maschinenmeister!

Herr Wittig ist auch sehr nervös, besonders des Morgens. Er zankt da mit Vorliebe herum ohne jeden Grund. Gewöhnlich beginnt er mit dem Hilfspersonal. Einem Mädchen drohte er innerhalb 6 Tagen 7 mal mit dem Rausschmeißen. Dabei fallen alle möglichen Ausdrücke wie: Faules Volk, faules Gesindel, faule Gesellschaft usw. Die Drucker sind dabei natürlich indirekt mit gemeint. Natürlich lassen sie sich derartige Liebkosungen nicht bieten, und der Schluß vom Liede ist eine großartige Auseinandersetzung, wobei er seine christliche Nächstenliebe beweist. Gewöhnlich sucht er an der Arbeit zu kritisieren. Erlaubt sich der Drucker eine Widerrede, so ist der Radau fertig. Dabei sucht er seine Autorität durch Kraftausdrücke wie: »Du dumme Junge, Du hast ja einen Fimmel, Du hast ja Stroh im Schädel, ich hau' Dir ein paar runter« usw. zu wahren.

Ich wünsche jedem Kollegen, welcher in die Lage kommt, mit diesem Herrn zusammenzuarbeiten, mehr Glück, wie ich und einige meiner Vorgänger hatten. Jedenfalls würde sich ein Kuli seinem Charakter besser anpassen als ein anständiger Arbeiter. Ich nehme an, daß er viel Interesse an großem Druckerwechsel hat und wünsche ihn bei seinem weiteren Vorhaben viel Erfolg.

Aus den Sektionen.

Berlin (Steindr.). »Aus der Jugendzeit unserer Organisationsbestrebungen« lautete das Thema, über das Kollege Hoffmann in der Versammlung am 18. Februar einen Vortrag hielt. Die Ausführungen dürften wohl ein allgemeines Interesse haben; sie seien deshalb etwas ausführlich wiedergegeben. Kollege Hoffmann führte aus: die Organisationsbestrebungen unserer Berufsangehörigen lassen sich 6 Jahrzehnte weit zurück verfolgen. Das Revolutionsjahr 1848, welches ein freieres Vereins- und Versammlungsrecht brachte, bringt uns auch in einzelnen Städten Vereine, in denen sich unsere Berufskollegen zusammenfinden zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile. Die jedoch bald darauf wieder einsetzende politische Reaktion drängte die Vereine teils auf neutralen Boden, teils gab sie die Veranlassung, daß sich die Vereine wieder auflösten. Eine Gründung aus dieser Zeit ist der heute noch bestehende Verein in Hamburg; er ist der älteste Zusammenschluß dieser Art in Deutschland. Im Februar 1848 legte der Steindrucker Huhn den dortigen jüngeren Senefelders Statuten einer zu gründenden Kranken- und Invaliden-Unterstützungskasse vor; später leistete die Kasse auch ihren Mitgliedern freie ärztliche Hilfe sowie Unterstützungen an durchreisende Kollegen. Der Verein der vereinigten Steindrucker und Lithographen, wie er sich nannte, verfolgte keine gewerkschaftlichen Ziele, sondern legte Gewicht auf ein gutes Einverständnis mit den Prinzipalen. Viele seiner Mitglieder waren Unternehmer. Auf ähnlicher Grundlage waren die vielen »Senefelder-Vereine« gegründet, die Ende der 60er und zu Anfang der 70er Jahre entstanden, so in Stettin 1869, Bremen 1871, München 1873 usw. Man legte es überall auf besonderes Wohlwollen und die Unterstützung der Prinzipale an. Daraus erklärt sich auch, daß, als die Hirsch-Dunckerschen mit ihrer Agitation begannen, sie von unseren Berufsangehörigen großen Zuspruch hatten. Heute jedoch fristet der Gewerkschaft der Lithographen, Steindrucker, Maler, Koloristen und verwandten Berufe ein mehr wie kümmerliches Dasein. Erst ein in Nürnberg 1872 ausgebrochener Streik und ein anderer Streik in Frankfurt a. M. 1873 zeigten der in vielen Lokalvereinen zersplitterten Kollegenschaft den Weg, den sie zu beschreiten haben. Aus den verschiedensten Städten Deutschlands erschienen Aufrufe zur Veranstaltung eines Kongresses. So erließen u. a. die Stutgarter Kollegen im Dezember 1873 einen Aufruf an alle Kollegen, denen »an einer nationalen Vereinigung und gemeinsamen Invalidenkasse gelegen ist«. Jedoch ohne Erfolg. Erst der Aufruf, der in einer Versammlung in Nürnberg am 31. März 1873 beschlossen war und in der »Lithographia« veröffentlicht wurde, fand begeisterten Wiederhall. Dieser Appell unterschied sich dadurch von den anderen, daß er neben einer allgemeinen Kranken-, Sterbe- und Invalidenkasse zu Grundsätzen des angestrebten »Senefelder-Bundes« proklamierte: »Vertretung geschäftlicher Interessen durch die Gesamtheit«, »Regelung des Lehrlingswesens im Sinne der Fortbildung unseres Berufes«, »Ausschluß sämtlicher Fabrikanten als Mitglieder«. Zugleich wurde eine öffentliche Diskussion dieser Grundsätze empfohlen. Der Kongreß fand in Würzburg am 29. November 1873 statt. Anwesend waren 12 Delegierte, die 19 Ortsvereine mit 625 Mitglieder vertraten. Der Kongreß beschloß, einen sich über ganz Deutschland erstreckenden »Senefelder-Bund« ins Leben zu rufen, der nach dem System des Buchdrucker-Verbandes auszubauen ist. Der Bund soll ein eigenes Verbandsorgan herausgeben, eine Verbands-Invalidenkasse gründen und vor allen Dingen den Mißbräuchen im Lehrlingswesen besondere Aufmerksamkeit widmen. Gemäßregelte sollen zweidrittel des ortsüblichen Lohnes erhalten. Charakteristisch für den Geist und die Zustände jener Zeit ist, daß von Nürnberg aus beantragt worden war, »Arbeitgeber, welche dem Verbands als Gehilfen schon angehört, können demselben auch fernher angehören, solange sie nicht mehr als 5 Gehilfen beschäftigten oder durch arbeiterfeindliches Benehmen zu ihrem Ausschluß Veranlassung geben«. Zum Beschluß wurde erhoben, daß man Arbeitgebern den Zutritt zwar gewähren wolle, nur können sie nie ein Amt bekleiden. Zum Vorsitzenden wurde L. Blanz in Nürnberg gewählt, während die Kontrollkommission in München domizilierte und als Sekretär den Kollegen Meyer bestimmte. Die erste Nummer des Verbandsorgans erschien am 5. Januar 1874. Sie enthielt einen vom Ausschuß gestellten Antrag auf Urabstimmung darüber, ob die Verbandskasse von der Invalidenkasse getrennt geführt und durch zwei Kassierer verwaltet werden solle oder nicht. Es ist äußerst bezeichnend für die Geschichte des Senefelder-Bundes, daß der Geist der Kleinheitskrämerei der später der Entwicklung so hinderlich gewesen ist, schon bei seiner Entstehung vorhanden war. Die Schriftleitung der Zeitung lag in guten Händen, Redaktion und Ex-

pedition wurden ehrenamtlich verwaltet. In der Rubrik Rundschau brachte die Redaktion einen Ueberblick über öffentliche und politische Begebenheiten. Eine heftige Polemik entstand aus Anlaß eines Aufrufes zur Unterstützung streikender Nürnberger Schuhmachergesellen, die wegen 12stündiger Arbeitszeit, Abschaffung der Sonn- und Feiertagsarbeit und Zusammenschlafens ausständig geworden waren. Besonders gingen die Angriffe von Wandsbeck aus; die dortigen Kollegen erblickten in dem Aufruf eine offene Bekenntung zur Sozialdemokratie. Die Abrechnung vom 1. Quartal 1874 zeigte: Verbandskasse: Einnahme 114,45 Mk., Ausgabe 27,10 Mk., die Invalidenkasse hatte eine Einnahme von 325,29 Mk. Auf dem 1. Verbandstage in Gotha desselben Jahres waren 14 Ortsvereine durch 10 Delegierte vertreten, während 5 Städte keine Vertreter geschickt hatten. Berlin schickte den Herrn Möhring, der sich als Parteigenosse der sozialdemokratischen Partei vorstellte. Interessant ist folgender poetischer Erguß dieses Herrn aus jener Zeit: »Denn wo es gilt, für's Wohl der Arbeit streiten, — Muß jeder sich zum Kampfe vorbereiten, — Muß jeder stehen in dem Feld!« Man vergleiche damit sein Verhalten im Jahre 1905! — Der in Berlin 1873 gegründete Ortsverein trat im nächsten Jahre dem Senefelder-Bund bei. Vorher jedoch spielte sich ein Stück charakteristisches und bewegtes Vereinsleben ab. Der ungeheure wirtschaftliche Aufschwung unseres Gewerbes nach dem Kriege 1870-71 und die damit entstehende Knappheit der Gehilfen wie auch eine kolossale Lehrlingsausbeutung führte im Jahre 1872 zur Gründung einer Prinzipals-Vereinigung, die ein eigenes Korrespondenzblatt herausgab, in dem sich bald scharfmacherische Tendenzen zeigten. Das Blatt brachte neben Berichten auch Beschwörungen über das Personal. Die Brutalität der Unternehmer ging soweit, daß sie sich statutengemäß verpflichteten, keinen von irgend einer Seite genannten Drucker in Arbeit zu nehmen. Und so findet man, wie in dem Korrespondenzblatt vor einer ganzen Reihe von Steindruckern und Lithographen gewarnt wurde, Das ist wohl die erste schwarze Liste in unserem Gewerbe. Daß solche Vorgänge das Schafblut der Berliner Kollegen in Wallung brachten, ist begreiflich. Es wurde zum 19. Dezember 1872 eine Versammlung sämtlicher Lithographen und Steindrucker einberufen, die von 600 Kollegen besucht war. In dieser Versammlung muß es stürmisch hergegangen sein. Einem Prinzipal wurde gleich am Anfang wegen unparlamentarischer Zwischenrufe das Lokal verwiesen. Auch die Drohung, daß die Unternehmer aus der Krankenkasse, der sie bis dahin mit den Gehilfen angehört, austreten werden, konnte nur allgemeine Heiterkeit auslösen. Man betraute eine 21gliedrige Kommission mit dem Ausbau der Statuten und bereits am 19. Januar des nächsten Jahres trat ein Verein zur Hebung kollegialer Interessen ins Leben. Eigenartig berührt uns heute der Standpunkt unserer Kollegen, den sie im § 4 ihrer Statuten einnahmen. Dort heißt es: »Bei etwa vorkommenden Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern tritt im Rechtsfalle der Verein für das betreffende Mitglied ein. Eine ständige Kommission (8 Drucker und 8 Lithographen aller Sparten) hat den Fall zu untersuchen und dem Verein sein Gutachten abzugeben«. Nirgends war von einer energischen Abwehr die Rede, obgleich die Prinzipale ihnen den Krieg erklärt hatten; nur einen »harmonischen Ausgleich« zwischen Arbeitgebern und Arbeitern wollte man herbeiführen. Aber es war überall im Senefelder-Bund zu finden, daß man trotz seines gewerkschaftlichen Charakters eine Scheu vor gewerkschaftlicher Betätigung hatte. Dem Berliner Verein traten 300 Kollegen als Mitglieder bei; der erste Schritt der gewerkschaftlichen Organisation unsere Berufes in Berlin war getan. Doch es wäre weit gefehlt, anzunehmen, daß es nunmehr rüstig vorwärts gegangen ist. Die in demselben Jahre einsetzende Geschäftsflaute brachte ein Zurückstoppen der Unternehmer mit und entzog damit der Gehilfenorganisation die treibende Kraft. Der Mitgliederbestand ging enorm zurück. Ein Jahr nach der Gründung waren nur noch 60 Mitglieder vorhanden. Am 1. Dezember 1876 konnten gar nur 7 Mitglieder gezählt werden, und das, obgleich in Berlin bereits 50 Schnellpressen liefen. — Auf dem Verbandstage in Gotha wurde beschlossen, daß alle diejenigen der Invalidenkasse beizutreten hätten, die einer lokalen Invalidenkasse noch nicht angehören, auch wurde eine Viatikum Kasse, d. i. für Reiseunterstützung, gegründet. Nach dem Verbandstage hatte man einen großen Mitgliederzuwachs erwartet; aber das Gegenteil trat ein. Teils machte man den Redakteur des Verbandsorgans dafür verantwortlich, teils suchte man in der unregelmäßigen Kassenführung und den mangelhaften und saumseligen Abrechnungen die Ursache. Auf dem nächsten Verbandstage in Leipzig 1876 vertraten 9 Delegierte 503 Mitglieder. Hier wurde die Errichtung einer Krankenkasse beschlossen, die auf der nächsten III. Generalversammlung in Dresden 1878 definitiv gegründet wurde. Dieser Verbandstag ist ein Eckstein in dem Gesckicke des Senefelder-Bundes. Der Anlaß war die auf Grund des sächsischen Vereinsrechtes erfolgte Auflösung der Zahlstelle in Dresden. Das war besonders dem Berliner Ortsverein in den Magen gefahren, und man glaubte schon damals, sich die erworbenen Rechte sichern zu müssen. Die Auflösung in Dresden geschah wegen der Fassung des § 4 des Bundes-

statuta, in dem die gewerkschaftlichen Aufgaben des Bundes festgelegt waren. Berlin stellte den Antrag, den Paragraphen zu streichen und dafür zu setzen: »Der Senefelder-Bund strebt an: Nicht nur Arbeitnehmer vor Ungerechtigkeiten der Arbeitgeber, sondern auch umgekehrt Arbeitgeber vor Ungerechtigkeiten der Arbeitnehmer zu schützen«. Dieser Antrag wurde allerdings nicht angenommen; doch wurde der § 4 aus dem Statut entfernt, und zwar weil in Dresden der Paragraph zur Auflösung führte und seine Durchführbarkeit in unserem Fache zwecklos erschien. Damit war dem Senefelder-Bund der Gewerkschaftscharakter genommen. In das Reich der Legenden muß die bisher übliche Annahme verwiesen werden, die Einführung des Sozialistengesetzes habe dem Bund ein anderes Aussehen gegeben. Lediglich dem Geist der damaligen Berliner Führung, die bis an das Ende des Bundes ihre Rollen weiter spielte, und ihrer Furcht vor Bekennen der Farbe ist jener Schrift zu danken! Natürlich fiel auch die Unterstützung an solche Kollegen, die der Aufrechthaltung der Bundesgrundsätze zum Opfer fielen, weil sonst das Ansehen des Bundes geschädigt werden könnte. War vor der Dresdener Generalversammlung auch von gewerkschaftlicher Tätigkeit nicht viel zu merken, so hatte sie zur Folge, daß sich wegen ihres Beschlusses verschiedene Zahlstellen auflösten. Aber auch das Sozialistengesetz legte sich hemmend auf die Ausbreitung des Bundes. Die Krankenkasse konnte lange nicht in Kraft treten und der Sitz des Hauptvorstandes mußte mehrere Male gewechselt werden. Eine allgemeine Mutlosigkeit griff Platz; die Generalversammlung in Frankfurt 1880 mußte 9 Delegierte mit 275 Mitgliedern. Die Zahl ging auf 187 im Jahre 1881 zurück. Damit hatte der Bund seinen Tiefstand erreicht. Seine inneren Verhältnisse waren daran Schuld. Nirgends fand man gewerkschaftliches Leben, nirgends Aufklärung und Agitation für die Besserung der Berufsverhältnisse. Die Arrangierung von Festen, um die Vereinskassen zu füllen, ist Hauptaufgabe der Vorsitzenden gewesen. Seine Pflicht, für die wirtschaftliche Besserstellung seiner Mitglieder einzutreten, hatte der Senefelder-Bund aufgegeben, ohne daß er rechten Anlaß hatte. Erst als mit dem Entstehen von Ortskrankenkassen sich freie Hilfskassen bildeten, gewann der Bund an Zuwachs, doch auch die politischen Verhältnisse jener Zeit führten die Kollegen zusammen. Hätte man nicht nötig gehabt, später unsere Organisation gewissermaßen zum zweiten Male zu gründen, so würden wir jetzt weit bessere Berufsverhältnisse aufweisen können. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Schritte einzuleiten. Ferner wurde von einigen näher Vertrauten auf die am 30. August 1908 ohne jeden Erfolg tagende Ausschußsitzung hingewiesen und das Tarifamt beauftragt, vor allem dafür zu sorgen, daß bei weiteren Sitzungen des Tarifausschusses die hierzu gewählten Prinzipale, und nicht deren Handlungsgehilfen oder ähnliche Angestellte, als Vertreter erscheinen und fungieren. Außerdem beschäftigte sich die Versammlung mit der Kündigung des Vertrauensmannes bei der Firma Dr. Trenkler & Co., die durch das solidarische und einmütige Vorgehen der Kollegen sowohl wie des Gekündigten selbst wieder zurückgezogen wurde. Die Geschäftsleitung ließ sich davon überzeugen, daß die Kündigung ein Gewaltakt des Abteilungsvorstandes war. Zum Schluß befalte sich die Versammlung mit dem in der »Graph. Presse« erschienenen Artikel über »Scharfmachereien im Lichtdruckgewerbe«. Obwohl die offen ausgesprochene Absicht des berühmten Lichtschreibers eine der empfindlichsten Seiten der Lichtdrucker treffen sollte, war von einer Erregung nicht viel zu spüren. Man war allgemein zufrieden mit der Brandmarkung des dunklen Treibens durch die Presse. Viel Wert hätte, so wurde ausgeführt, eine künstliche Aufregung über das Treiben der »Neuen deutschen Papierzeitung: die Postkarte« nicht. Die Ausführungen der »Graph. Presse«, daß die Lichtdrucker allen Verschleierungsversuchen der Prinzipale gegenüber auf dem Posten sein werden, können wir doppelt unterstreichen. Wenn es den Unternehmern darum zu tun ist, ein Täzchen mit den Gehilfen zu wagen, dann »nur zu«. Mit einem Appell, angesichts der drohenden Wolken, welche am Horizont aufzusteigen beginnen, stets gewappnet zu sein und mehr noch als bisher zur Fahne zu stehen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

 **Photogr. Mitarbeiter.**
 Teil für die Interessen der Portrait-Photographen.
 Zentralarbeitsnachweis: Wilh. Hähnlein, Berlin N. 28,
 Anklamerstr. 27, I. — Telefon Amt III, 5246.

Aus den Sektionen.

Berlin. In unserer Versammlung vom 4. Febr. hielt der Kollege Hilbig von den Lichtdruckern einen sehr interessanten Vortrag über »Gewerkschaften und Politik«. Die ersten Anfänge unserer heutigen Gewerkschaftsbewegung datieren vom Beginn der 1860er Jahre. Der Charakter dieser Organisationen war jedoch noch nicht rein gewerkschaftlich. Es herrschte vielmehr die Auffassung vor, daß die Befreiung der Arbeiterklasse sich nur auf politischem Gebiete zu vollziehen habe. Infolge der mangelnden strengen Organisation mußten die ersten wirtschaftlichen Kämpfe notwendig verloren gehen. Eine Besserung dieser Verhältnisse wurde geschaffen durch die Gründung lokaler Verbände, welcher sich nach und nach ein Zusammenschluß zu großen Verbänden über das ganze Reich anschloß. Das Sozialistengesetz, welches ein Emporsteigen der Arbeiterschaft verhindern sollte, hat seinen Zweck nicht erreicht; es konnte die Entwicklung wohl verzögern, aber nicht unterbinden. Nach Fall dieses Gesetzes kam eine bestimmte Methode in die Bewegung. Der rein gewerkschaftliche Charakter trat in den Vordergrund und seit Einsetzung der General-Kommission ist ein stetiger Zuwachs von Mitgliedern in den Gewerkschaften zu verzeichnen gewesen. Die Tendenz der freien Gewerkschaften, welche hauptsächlich in der Besetzung der Klasseengesetze besteht, mache es den Mitgliedern zur Pflicht, sich auch um die politische Aufgaben und Ziele zu kümmern. Das kann nur erreicht werden, wenn die Arbeiterschaft nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch organisiert ist.

In unserer Mitgliederversammlung vom 18. Febr. 1909 hielt Genosse Dr. Graf einen Vortrag über »Erdbeben und Vulkane«. Er führte etwa folgendes aus: Es gibt der Elementarereignisse sehr viele. Der Mensch hat es im Laufe seiner Entwicklung durch die fortgesetzte Erfindung und weit fortgeschrittene Wissenschaft so weit gebracht, daß gegen alle diese Ereignisse Vorbeugungsmaßnahmen getroffen werden können. Nur zwei scheiden aus, und das sind Erdbeben und Vulkane. Gegen sie ist menschliches Wissen und Können bis jetzt machtlos. Das Erdbeben überrascht den Menschen so plötzlich, daß eben jede Vorsicht ausgeschaltet bleibt. Alle vorherigen, vermeintlichen Anzeichen haben sich als trügerisch erwiesen. Wie überall, so zeigte es sich auch in Messina, daß die Tiere mehr Instinkt gegenüber dem Erdbeben besitzen als der Mensch, denn sie verließen, soweit es Haustiere waren, die Wohnungen. Aus diesem Grunde werden in Erdbebengebieten in jedem Haushalte Tiere gehalten. Die neuere Forschung hat ergeben, daß zwischen Erdbeben und Vulkanen doch ein gewisser Zusammenhang besteht. Die allgemeine Wissenschaft nimmt an, daß die Erde von einer dünnen festen Schicht umgeben ist, daran schließt sich eine glühend flüssige Masse, und im Innern befindet sich festes Gas. Durch die allmähliche Abkühlung wurde die frühere Glätte der oberen Schicht unserer Erde faltig, oder besser gesagt, gebirgig. Beispiele dafür

sind, daß sich die Entfernungen gewisser Orte voneinander verschoben hat. Früher rechnete man von München bis Venedig 2000 km, jetzt 400 km. (? D. R.) Ein sehr drastisches Zeichen dafür ist in Weimar zu finden. Von einer dortigen Höhe konnte man noch zu Goethes Zeiten die Kirchturmspitze eines Dörfchens sehen, heute, also 100 Jahre später, nicht mehr. Die Abkühlung zeigt sich größtenteils durch Verschiebungen in Falten, und nur dort, wo ein Bruch entsteht, also, wo im Innern der Erde übereinander liegende Massen in sich zusammenstürzen, entsteht ein Erdbeben. Daher dessen Plötzlichkeit. Der Sturm, das Gewitter, Hochwasser u. a. m. brechen allmählich herein, das Erdbeben setzt mit dem stärksten Stoß ein und wird schwächer. Seine Dauer ist nur Sekunden: Lissabon 3 Minuten, Messina einige Sekunden, Caracas 3 Sekunden. Die enorme Verschiebung der Erdoberfläche durch ein Erdbeben wird am deutlichsten durch 2 Beispiele bewiesen. Nach einem früheren Beben in Calabrien stand ein Olivenhain 200 m tiefer als vorher. In Japan konnte ein dortiger Gelehrter in seinem Garten beobachten, daß Obstbäume, die früher nach Norden standen, nach dem Beben nach Osten standen. Wie heimgesucht manche Gegenden von Erdbeben sind, zeigt Nordamerika, wo einzelne Distrikte in einem Jahr 27 Tage Beben haben. Die neuere Forschung hat ergeben, daß zwischen den äußeren Einflüssen und unserem Erdinnern ein Zusammenhang besteht, und zwar in der Veränderung des Luftdruckes. Und darauf baut sich die Erdbeben-Theorie auf. Zur Beobachtung, oder besser gesagt, zur Fixierung des Erdbebens dient der bekannte Seismometer, welcher die auf photographischem Wege hergestellten Diagramme liefert. Charakteristisch ist auch, daß das einzige Volk, welches Schutzmaßregeln gegen das Erdbeben ergriffen hat, die Japaner sind. In den dortigen Erdbebengebieten werden nur Bambushäuser gebaut. — Die Vulkane sind auf ähnliche Vorgänge im Erdinnern zurückzuführen, und auch dafür fehlen untrügeliche Zeichen. Wahr ist, daß alle heißen Quellen und Bleisul von Vulkanen sind. Auch Deutschland besitzt mehrere solche, allerdings erkaltete. Wir in Norddeutschland haben, und das ist unser Trost, weder Erdbeben noch Vulkane zu befürchten. — Reicher Beifall belohnte den Redner für seinen hochinteressanten Vortrag.

 **Die Tapetenbranche.**
 Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Leinwand-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.
 Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin N. 20,
 Badstraße 26.

Aus den Sektionen.

Bietigheim. In unserer am 27. Februar abgehaltenen zweiten gemeinschaftlichen Versammlung fand zunächst für ein abgerichtetes Vorstandsmitglied eine Ersatzwahl statt. Sodann entspann sich eine längere Debatte über Berufsfragen. Bezugnehmend auf einen Artikel der »Gr. Pr.« über »Abschlagszahlung im Formstechergewerbe« wies ein Kollege darauf hin, daß es notwendig sei, die Fragekarten, wie sie für Lithographen und Steindruckereingeführt sind, auch für die Formstecher und anderen Berufe einzuführen. Auch müßten sich die Kollegen der Pflicht bewußt sein, einen bestimmten Lohn im Voraus auszumachen. Dann würde das System der Abschlagszahlung von selbst verschwinden. Der Vorsitzende verwies darauf, daß diese Karten bereits eingeführt sind. Ferner erklärten sich die Formstecher ebenfalls zur erhöhten Beitragsleistung bereit. Der Extrabeitrag wurde schon stillschweigend vom 1. Januar ab bezahlt, weil es die Formstecherkollegen für selbstverständlich hielten, daß ihnen keine Extravakanz zukäme. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten fand die mäßig besuchte Versammlung ihren Schluß. Eine separate Besprechung der Formstecher war ihr vorangegangen, bei der lebhaft bedauert wurde, daß nicht alle organisierten Kollegen sich daran beteiligten.

Berlin. In der am 27. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung befalte man sich zunächst mit dem Beitrag von 1,30 Mk. für Formstecher. Im allgemeinen war die Stimmung für eine obligatorische Einführung dieser Extrasteuer für ganz Deutschland, während man das Vorgehen einzelner Filialen nicht für angebracht hielt. Wegen gründlicher Aussprache über diese Sache wurde der Punkt bis zur nächsten Versammlung vertagt. Scharfen Protest erhob die Versammlung gegen die von der Reichsregierung geplanten Steuerpolitik, die hauptsächlich für das lithographische Gewerbe schwere Folgen zeitigen und auch uns in Mitleidenschaft ziehen wird, da die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit unsere Verbandskasse schwer schädigen muß. Eine dahingehende Resolution wurde einstimmig angenommen. Eine der wichtigsten Angelegenheiten war die Gründung einer lokalen Arbeitslosenzuschußkasse. Ein hierzu ausgearbeitetes Statut wurde fast einstimmig angenommen. Demzufolge erhalten die Mitglieder bei 10 Pf. Wochenbeitrag nach:

1/2 jährl. Mitgliedschaft 3 Mk. auf d. Dauer von 3 Woch.

1 "	"	4 "	"	"	"	4 "
2 "	"	6 "	"	"	"	5 "

 **Die photomech. Fächer.**
 Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Aus den Sektionen.

Leipzig (Lichtdr.). In der am 26. Februar abgehaltenen Lichtdruckerversammlung hielt Kollege Gehler einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über »Staub und giftige Gase als Ursache von Berufsstörungen«. An Hand einer Serie von Röntgen-Aufnahmen schilderte er die Ursachen und Wirkungen dieser Krankheits-erregend- und -Störungen, die diese auf den menschlichen Organismus ausüben, Erfolg in ihrer Bekämpfung verspreche neben den hygienischen Maßnahmen einzig und allein die Verwirklichung der Verkürzung der langen Arbeitszeiten. Damit hatte der Redner den Lichtdruckern, die bei all' ihren Tarifberatungen und Verhandlungen die achtstündige Arbeitszeit zu erlangen suchten, aus der Seele gesprochen, denn gerade die graphischen Berufe weisen einen starken Prozentsatz von Arbeitern auf, die durch die genannten schädlichen Luftbestandteile erkrankt sind. Sodann gab unser Vertrauensmann eine eingehende Übersicht über die zur Neige gehende Tarifperiode. Unter Zugrundelegung der von der Zentralkommission aufgenommenen Statistik erläuterte er den gegenwärtigen Stand unserer Tarifgemeinschaft und wies nach, daß nicht nur in der Lehrlings-, sondern in allen den Tarif betreffenden Fragen noch intensiv zu verbessern sei, wenn man von einem halbwegs annehmbaren Tarifabschluß reden will. Der Kreis II, mit Leipzig an der Spitze, hinkt nicht nur gegenüber dem Kreis I in bezug auf das Lohnverhältnis beträchtlich nach, auch bezüglich der Lehrlingsfrage weist Leipzig ein derart ungünstiges Bild auf, daß es angebracht erscheint, hiergegen einmal Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Diskussion war folgender Beschluß: »Die Lichtdrucker Leipzigs beantragen beim Hauptvorstand resp. der Zentralkommission, in Anbetracht der ablaufenden Tarifperiode und der platzgreifenden ungünstigen Berufsverhältnisse einen Lichtdruckerkongreß für Deutschland in nächster Zeit einzuberufen.« Im Anschluß hieran kam die Tatsache zur Sprache, daß einige Leipziger Firmen mit ihren Lehrlingen bzw. deren Eltern Verträge abgeschlossen haben, nach welchen die Lehrlinge noch ein Jahr in der Firma zu verbleiben verpflichtet sind. Da jedoch nach dem geltenden Tarif solche Verträge nicht abgeschlossen werden dürfen, wurde der anwesende Kreisvertreter beauftragt, zur Regelung dieser Frage die nötigen

Diese Statuten treten am 1. März d. J. in Kraft. Die Einrichtung ist ein neuer Beweis der Solidarität, die dazu beiträgt, daß arbeitslose Kollegen unter den Folgen der heutigen, privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht allzu schwer zu leiden haben. Die nächste Versammlung wurde wegen des Winterfestes auf den 20. März verlegt.

Feuilleton.

Die Entwicklung des Weltalls.

IV.

Die Entstehung der Sternsysteme

Mit den verschiedenen Sterntypen und den Entwicklungsstadien des weitausgedehnten Weltnebels ist die Reichhaltigkeit an Formen und Gestalten der Weltkörper keineswegs erschöpft. Bisher ist nur die Verschiedenheit der physischen Beschaffenheit betrachtet worden. Wir hatten eine große Nebelmasse, die durch die heiße leuchtende Sterngestalt hindurch zu einem kleinen kompakten, dunklen Weltkörper wurde, aber immer eine einzige Masse blieb; der Energiewechsel vollzog sich nur zwischen der Wärme und der aus der Anziehung der kleinsten Teilchen stammenden Distanzenergie. Wir konnten bis jetzt auf keine anderen Entwicklungsformen stoßen, weil wir über die Bewegungen innerhalb des Weltkörpers hinwegsehen, also voraussetzten, daß sich die Masse ganz in Ruhe befände.

Aber im allgemeinen wird die ursprüngliche Nebelmasse nicht in unbeweglicher Ruhe verharren; unter dem Einfluß der vorher betrachteten Entwicklung werden sich ihre Bewegungen ändern; die verschiedenen Teile der Masse werden sich verschieden bewegen, sich voneinander trennen und zu besonderen Weltkörpern werden, die durch ihre gegenseitige Anziehung umeinander kreisen. Was wir bisher als die Entwicklung eines Weltkörpers betrachteten, ist also in Wirklichkeit die Entwicklung eines Systems, dessen Glieder ursprünglich vereinigt gewesen sind. Aber nicht die vollständige Entwicklung, denn jetzt kommt eine noch reichere Formenverschiedenheit hinzu, eine Verschiedenheit in der Anordnung der Materie des Systems in größeren oder kleineren Weltkörpern, und dementsprechend eine Verschiedenheit in den Bewegungen. Zu den beiden früheren Energieformen mit die Bewegungsenergie, und die Umwandlungen zwischen ihr und den beiden anderen Formen bilden den Inhalt der nunmehr zu betrachtenden Entwicklung.

Wahrscheinlich finden in den ungeheuren Gasnebeln, die sich im Raume vorfinden, sehr verschiedene und verwickelte Bewegungen statt, die die Masse in Stücke teilen und bedeutend umgestalten. Diese Bewegungen vermögen wir noch nicht zu erkennen. Wir müssen mit der Betrachtung einer Gasmasse beginnen, in der die einzelnen Strömungen sich so weit ausgeglichen haben, daß nur eine Rotation der Masse um irgend eine Achse übrig bleibt. Dann wird die darin enthaltene Materie nachher als ein System zusammenbleiben; es wäre ein sehr besonderer Zufall, wenn nach dem Ausgleich der entgegengesetzten Bewegungen eine vollständige Ruhe einträte. In der Regel werden die Bewegungen nach der einen oder nach der anderen Seite überwiegen; das Ergebnis wird eine raschere oder langsamere Rotation in irgend einer Richtung sein.

Was wird daraus, wenn der Nebel sich zusammenzieht? Nach einem Grundgesetz der Mechanik kann sich die Quantität der Drehung nur ändern, wenn Kräfte von außen die Drehung zu fördern oder zu hemmen suchen; sonst bleibt sie immer gleich groß. Diese Quantität der Drehung, ihr Schwung, wie man auf deutsch sagen könnte, wächst

nicht nur mit ihrer Geschwindigkeit, sondern ist auch um so größer, je weiter die Entfernung vom Mittelpunkt der Drehung ist, ein je größerer Kreis also im Drehen gemacht werden muß. Nach diesem Gesetz muß also ein Körper, der sich während der Drehung immer weiter von dem Zentrum der Bewegung entfernt, zugleich seine Bewegung verzögern, und umgekehrt muß er sich, je mehr er sich dem Zentrum nähert, um so rascher herumdrehen. Man kann dies leicht durch einen einfachen Versuch feststellen. Schwingt man einen an einen Faden gebundenen kleinen schweren Gegenstand in der Weise herum, daß sich der Faden um den Finger rollt und also ein immer kleinerer Teil freibleibt, so dreht sich der Gegenstand immer rascher in stets engerem Kreise, bis er schließlich an den Finger schlägt und der Faden völlig aufgerollt ist. Schleudert man ihn aber mit einer kräftigen Bewegung zurück, so daß der Faden sich abrollt, so wird die Drehung um so langsamer, je größer der Kreis durch den allmählich frei werdenden Faden wird. Natürlich muß man, nachdem die Sache einmal in Schwung gebracht worden ist, die Hand völlig ruhig halten, da schon eine leichte Bewegung der Finger den Schwung des Gegenstandes vermehren oder verringern kann.

Wenn ein Körper sich ausdehnt, der sich um eine durch seinen Mittelpunkt gehende Achse dreht, so entfernen sich alle Teilchen von dieser Achse, und die Drehung muß langsamer werden, weil die Quantität der Drehung beim Fehlen äußerer Einflüsse sich gleich bleibt. Umgekehrt, wenn der Körper sich zusammenzieht, so muß, da die Teilchen sich der Achse nähern, die Drehung rascher werden. Dies ist der Fall eines Weltkörpers, der um eine Achse rotiert, während er sich zugleich durch die Wärmestrahlung zusammenzieht, und die raschere Drehung, die durch das Zusammenschrumpfen der Masse entsteht, bringt dann allerlei weitere Änderungen mit sich. (Schluß folgt).

Eingänge.

Monatshefte für graphisches Kunstgewerbe. Herausgeber: Albert Knab; Redakteur: Carl Matthies; Verlag: Carl Flemming, Berlin W. 50 und Ologau. 7. Jahrgang, Heft 5: Februar 1909.

Das Heft ist dem bekanntesten Künstler Raymond Puchs gewidmet. Neben einer Reihe seiner Arbeiten bringt es eine Würdigung seines Schaffens aus der Feder Johannes Merus. Auch sonst enthält es mancherlei Anregendes für unsere Kollegen.

Märzheft 1909. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand. 8 Seiten 4^o. Preis 20 Pf.

Die diesjährige Märzheft, die die Wiener Volksbuchhandlung der revolutionären Bewegung widmete, ist inhaltlich und in der Ausstattung mustergültig, so daß sie den Kollegen bestens empfohlen werden kann. Sie ist in allen Arbeiterbuchhandlungen und bei den Kolporturen der Arbeiterpresse zu haben. Der Verlag versendet sie ebenfalls franko per Kreuzband gegen Einzahlung von 25 Pf. in Briefmarken.

In freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis pro Heft 10 Pf.

Die uns vorliegenden Hefte 7 und 8 bringen die Fortsetzung des Romans »Kenilworth« von Walter Scott und den Abschluß der Erzählung aus der russischen Revolution »Die Kummerjahre«. In Nummer 9 wird die Erzählung »Trinette« von dem bekannten holländischen Dichter Hermann Heijermans beginnen. Wir empfehlen die Unterhaltungsschrift bestens.

Gemeinde und Alkohol. Aufgaben der Gemeindepolitik im Kampfe gegen den Alkoholismus. Von E. Mehlich-Stettin. 52 Seiten 8^o. Preis 25 Pf., in besserer Ausstattung 1 Mk. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, Joh. Michaelis, Berlin O. 17, Langestraße 11.

Der Verfasser schreibt in seinem Vorwort: »So bedeutet der Alkoholismus nicht nur einen Feld-

des Arbeiters schlechthin, sondern auch ein gefährliches Hindernis, das sich dem Befreiungskampfe der Arbeiterklasse entgegenstellt. Hat aber die moderne Arbeiterbewegung erst einmal erkannt, daß der Kampf gegen die Alkoholgefahr für sie zu einer dringenden Notwendigkeit geworden ist, dann erwächst ihr auch die unabwiesbare Pflicht, alle Positionen, die sie in ihrem Ringen um politische Macht und wirtschaftlichen Einfluß erobert, auch zur Bekämpfung des Alkoholismus auszunutzen. Diese Gelegenheit bietet sich im Reich, in Staat und Gemeinde. . . Hier soll dieses Büchlein einspringen, das allen denjenigen ein Führer sein will, die die Notwendigkeit der Bekämpfung des Alkoholismus durch die Gemeinden anerkennen und denen die Zeit zu einem eingehenden Studium der heute schon recht umfangreichen Antialkoholliteratur fehlt. Wir können das Büchlein unseren Kollegen zum Studium nur empfehlen.

Die Glücksbude, Erzählung von Ernst Preczang, Leipzig 1909, Haupt & Hammon. 168 Seiten 8^o. Gehftet 2,- Mk., gebunden 2,60 Mk.

Preczangs Erzählung ist ein gesundes Buch, voll warmen Humors und starker freudiger Lebensbrjahung inmitten schwerer seelischer und leiblicher Nöte. Ein Mann, durch eine Gefängnisstrafe gebrochen, die ihm sein Temperament angesichts bitteren Unrechts eintrug, erfährt Stütze und Halt an seinem Weibe. Sie bestimmt ihm, mit ihr zusammen eine Glücksbude aufzumachen und von Jahrmarkt zu Jahrmarkt und Kirchweih zu ziehen, um ihm so, außerhalb der selbstigen Engherzigkeit seiner Mitbürger, die Lebensmöglichkeit zu geben. Und es gelingt, trotz seiner immer wiederkehrenden Sehnsucht nach Ansässigkeit und bürgerlicher Achtung. Oetragen von ihrer starken und sonnigen Liebe stirbt er versöhnt mit seinem Geschick. Die Charakterisierung dieser Frau, ihr ungebrochener Lebensmut, ist ein Meisterstück von Gestaltungskunst.

Hygiene der Städte. I. Die Trinkwasserversorgung. Von Dr. J. Zadek, Berlin 1909. Verlag: Buchhandlung Vorwärts. 68 Seiten 8^o. Preis 1 Mk., Vereinsausgabe 50 Pf.

Von der Sammlung kommunalpolitischer Abhandlungen unter dem Titel »Sozialdemokratische Gemeindepolitik« liegt als neuestes Heft eine Arbeit des Genossen Dr. Zadek über die Trinkwasserversorgung vor. Das Heft bildet den ersten, in sich abgeschlossenen Teil einer Abhandlung über die Hygiene der Städte, deren zweiter Teil sich mit der Städtereinigung befassen wird. Nach einem geschichtlichen Ueberblick über die verschiedenen Epochen der kommunalen Trinkwasserversorgung vom Altertum bis in die Neuzeit führt uns der Verfasser in das Gebiet der Wasseruntersuchung, um sodann in einem weiteren Kapitel die Anforderungen auseinanderzusetzen, die an ein gutes Trinkwasser zu stellen sind. Nicht weniger lehrreich sind die Kapitel über Wasserentnahme und Wassereinigung sowie über die Trinkwasserversorgung im Deutschen Reich. Die Grundsätze, die für den Wasserverbrauch und Wasserpreis maßgebend sein sollten, schildert der letzte Abschnitt der Schrift. Eine der beigefügten Anlagen enthält eine Anleitung für die Einrichtung, den Betrieb und die Ueberwachung öffentlicher Wasserversorgungsanlagen, welche nicht ausschließlich technischen Zwecken dienen, eine weitere Anlage enthält Grundsätze für die Reinigung von Oberflächenwasser durch Sandfiltration. Trotz des schwierigen Stoffes ist die Schreibweise gemeinverständlich. Wir können das Heft unseren Kollegen, vor allem den Gemeindevertretern, auf das angelegentlichste empfehlen.

Protokoll des Tabakarbeiter-Kongresses, abgehalten zu Berlin vom 18. bis 20. Januar 1909, nebst Anhang. Herausgegeben von der Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands. Berlin 1909. Verlag von Wilhelm Börner. 144 Seiten 8^o.

Das Protokoll des Kongresses, auf dem auch unser Verband vertreten war, wird im Kampfe gegen die neuen Steuervorlagen der Regierung, besonders gegen die Tabaksteuer, gute Dienste tun.

■ ■ Stellengesuche ■ ■

Strichphotograph,
in Naß und Emulsion bewandert, sucht in Kunstanstalt Stellung, in welcher ihm Gelegenheit geboten ist, sich in Auto auszubilden. **Wih. Schreyer, München, Holzstr. 3 II r.** [1,05]

Reprod.-Photograph
für Dreifarben, Auto, Strich etc. in Emulsion, Silber, Trockenplatten, vollständig selbständig, sucht erste und dauernde Stellung. Offerten erbet. an **W. Zöll, München, Schießheimerstraße 157a.** [1,80]

Farbenätzer,
19 Jahre alt, auch in Auto nicht unfahren, sucht passende Stellung. **P. Heinrich, Dresden-N., Sebeunenholstr. 2, III.** [0,90]

■ ■ Stellenangebote ■ ■

Mehrere tüchtige [1,80]

Messingstecher
für dauernde Beschäftigung gesucht. **Anhalt. Druckwalzen u. Formen-Fabrik. Jentsch & Eggert.**

Reprod.-Photograph
für Emulsion, durchaus sichere Kraft zum sofortigen Antritt geucht. [1,80] **Richard Labisch & Co., Berlin O 27, Schicklerstr. 6.**

Gesucht per sofort ein **Klischee-Monteur,**
welcher fräsen kann. [1,80] **Brunotte & Keese, Düsseldorf.**

Auto-Aetzer und Nachschneider
nur Prima-Kräfte sucht [3,00] **Julius Klinkhardt, Leipzig.**

Chiffre-Inserate

■ ■ Verschiedenes ■ ■

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und die kostbaren Kranzspenden, die meinem lieben Bruder **Ewald Hegewald** am Grabe zuteil wurden, sage ich der Firma Ritter & Klöden, deren ganzen Personal, sowie der Nürnberger und Fürther Kollegenschaft meinen innigsten Dank. [1,95] **Potsdam, den 5. März 1909. O. Hegewald** im Namen der Hinterbliebenen.

finden auch unter der Rubrik Stellengesuche im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. **Die Expedition.**